

Arne Semsrott,
Matthias Jakobowski

Desiderius-Erasmus- Stiftung

Immer weiter nach rechts außen

OBS-Arbeitspapier 61
ISSN: 2365-1962 (nur online)

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung

Jupp Legrand

Wilhelm-Leuschner-Straße 79

D-60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-6693-2810

Fax: 069-6693-2786

E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de

www.otto-brenner-stiftung.de

Autoren:

Arne Semsrott

E-Mail: arne.semsrott@okfn.de

Twitter/X: [@arnesemsrott](https://twitter.com/arnesemsrott)

Matthias Jakobowski

E-Mail: matthias.jakubowski@posteo.de

Twitter/X: [@tiisbosbi](https://twitter.com/tiisbosbi)

Redaktion & Lektorat:

Robin Koss (OBS)

Satz und Gestaltung:

Isabel Grammes, think and act

Druck:

AC medienhaus GmbH, Wiesbaden

Titelbild:

Florian Gaertner/picture alliance/photothek

Redaktionsschluss:

11. September 2023

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:



Dieses Arbeitspapier ist unter der Creative Commons „Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International“-Lizenz (CC BY-NC-SA 4.0) veröffentlicht.

Die Inhalte sowie Grafiken und Abbildungen dürfen, sofern nicht anders angegeben, in jedwedem Format oder Medium vervielfältigt und weiterverbreitet, geremixt und verändert werden, sofern keine Nutzung für kommerzielle Zwecke stattfindet. Ferner müssen angemessene Urheber- und Rechteangaben gemacht, ein Link zur Lizenz beigefügt und angegeben werden, ob Änderungen vorgenommen wurden. Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/deed.de>

In den Arbeitspapieren werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Download und weitere Informationen:

www.otto-brenner-stiftung.de

Vorwort

Mit großer Verve ist die Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP im späten Herbst 2021 in die Regierungsarbeit gestartet. „Mehr Fortschritt wagen“, das Motto des Koalitionsvertrages, weist die Richtung. Da die „pluralistische, freiheitliche Demokratie“ unter Druck geraten sei, stellt die „Fortschrittskoalition“ auch die Bedeutung von politischer Bildungsarbeit und Demokratieförderung heraus. Das Ziel ist unmissverständlich. Unter Einbeziehung aller demokratischer Fraktionen sei die „Arbeit und Finanzierung der politischen Stiftungen“ abzusichern. Das Zeichen, die warnenden Stimmen aus der Zivilgesellschaft gehört zu haben, war gesetzt: Um zu verhindern, dass die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) Steuergelder in Millionenhöhe für ihre antidemokratische Arbeit erhält, sollte ein Gesetz zur Finanzierung der parteinahen Stiftungen auf den Weg gebracht werden.

Wirft man Mitte September 2023 den Blick auf diesen Anspruch aus dem Koalitionsvertrag, droht sich Resignation einzustellen: Für die politische Bildungsarbeit sieht der Entwurf für den Haushalt 2024 einschneidende Kürzungen vor. Beim Thema Stiftungsfinanzierungsgesetz herrscht Schweigen. Bis zu unserem Redaktionsschluss liegt kein öffentlicher Entwurf vor.

Die Untätigkeit von Parlament und Regierung wurde im Februar dieses Jahres auch vom Bundesverfassungsgericht angemahnt: Karlsruhe hat geurteilt, dass die DES ohne klare Kriterien und ohne gesetzliche Grundlagen, die für alle gelten, nicht von der staatlichen Stiftungsfinanzierung durch Steuergelder ausgeschlossen werden kann.

Mit dem Urteil ist die Strategie der Regierungskoalition gescheitert, die Gesetzesfrage auf die lange Bank zu schieben. Zudem wurde der AfD und ihrer Stiftung zumindest ein Teilerfolg ermöglicht. Die DES steht dem Ziel einer Finanzierung durch öffentliche Mittel derzeit so nah wie nie zuvor: Sollte der Bundestag bis zur Verabschiedung des Gesetzes über den Bundeshaushalt 2024 im November kein Stiftungsfinanzierungsgesetz verabschieden, wird die DES im Haushalt berücksichtigt werden müssen – oder würde eine Finanzierung voraussichtlich problemlos vor Gericht durchsetzen können.

Steuergelder für Antidemokraten: Auf diese Gefahr hat ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis frühzeitig hingewiesen. Gemeinsam mit Arne Semsrott und Matthias Jakubowski haben wir im Herbst 2021 eine investigative Recherche zur Vorgeschichte und den Zielen der DES veröffentlicht. Gezeigt wurde u. a., dass zentrale DES-Akteur:innen fest in den Netzwerken der Neuen Rechten verankert sind. Eine intensive Auseinandersetzung

mit den handelnden Personen der DES und ihren Positionen ist eine notwendige Grundlage dafür, der Stiftung die Finanzierung durch staatliche Mittel verwehren zu können. Das ist der Ausgangspunkt unseres zweiten Arbeitspapiers zur DES. In ihm beleuchten unsere OBS-Autoren die Entwicklungen der Stiftung seit 2021. Und richten die Scheinwerfer der Öffentlichkeit erstmals auf einen Bereich, den die DES besonders im Dunkeln zu halten versucht: ihre konkrete Bildungsarbeit.

Rund 200 Veranstaltungen hat die DES nach eigenen Angaben seit ihrer Gründung organisiert, 67 von diesen wurden für dieses Arbeitspapier recherchiert, analysiert und kontextualisiert. Die Ergebnisse zeigen, dass die Stiftung radikal rechten Positionen nicht nur eine Bühne bietet, vielmehr ist ihre Ausrichtung und ihr Personal extrem rechts. Sowohl das Stiftungspersonal als auch Referent:innen sind tief in den Netzwerken der Neuen Rechten verwurzelt, inhaltlich verbreiten sie deren zentralen ideologischen Elemente, strategisch streben sie nach Vernetzung mit konservativen Kräften.

Die Zeit drängt. Die einzige tragfähige Lösung für einen finanziellen Ausschluss ist ein Gesetz, das allgemeine Kriterien für die Förderfähigkeit der Stiftungen definiert. Überzeugend argumentieren die Autoren, nicht auf den sicherheitsbehördlichen Begriff der freiheitlich demokratischen Grundordnung zurückzugreifen, sondern die aktive Förderung der Grund- und Menschenrechte als zentrales Kriterium für die Stiftungsfinanzierung zu definieren. Ein Ausschluss der DES aus der staatlichen Finanzierung parteinaher Stiftungen ist verfassungsrechtlich geboten, politisch möglich und strategisch erforderlich.

Allerdings dürften die gesellschaftspolitischen Bestrebungen der DES, weiter politische Radikalisierung zu betreiben und gesellschaftliche Spaltung mittels staatlicher Finanzierung auszubauen, nicht zur Ruhe kommen. Umso mehr stehen Regierung und Parlament in der Pflicht, schnell, überzeugend und nachhaltig alle gesetzgeberischen Mittel auszuschöpfen, um zu erreichen, dass die DES keine staatlichen Mittel erhält.

Stiftung und Autoren hoffen, mit der Untersuchung nicht nur nachhaltige Anstöße für den Gesetzgebungsprozess zu geben, sondern auch wichtige Erkenntnisse für die weitere Auseinandersetzung mit der Neuen Rechten zu liefern. Denn die DES muss in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext betrachtet werden, in dem immer mehr Tabus verschoben werden, rechte Gewalt weiter zunimmt und eine radikalisierte AfD in Umfragen so gut dasteht wie nie zuvor.



Jupp Legrand

Geschäftsführer der OBS

Frankfurt am Main, im September 2023

Inhalt

1	Jetzt geht's ums Geld.....	4
2	Die DES im Jahr 2023	7
	2.1 Wer führt?	8
	2.2 Extrem rechte Strategiekämpfe	12
3	Akteur:innen der Bildungsarbeit	15
	3.1 Ein Wochenende im Raum Koblenz.....	16
	3.2 Bildungsarbeit durch AfD-Funktionäre.....	18
	3.3 Bildungsarbeit durch Vertreter:innen der Neuen Rechten.....	21
4	Themen der Bildungsarbeit.....	28
	4.1 Identitäre Sprachpolitik.....	28
	4.2 Gender und Antifeminismus.....	29
	4.3 (Alternative) Medien	31
	4.4 Klima und Energie	31
	4.5 Demografie und Migration	32
	4.6 Globalisierung und Nationale Souveränität	34
	▶ <i>Exkurs: Die Hochschule als Ort der Auseinandersetzung.....</i>	<i>35</i>
5	Bewertung und Handlungsoptionen	37
	Literaturverzeichnis.....	40
	Tabelle: Vorträge und Veranstaltungen der DES seit November 2021.....	50
	Hinweise zu den Autoren	55

1 Jetzt geht's ums Geld

Es war ein Paukenschlag für die politische Bildungsarbeit in Deutschland: Im Februar 2023 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass das Finanzierungssystem, mit dem der Staat zuletzt 600 Millionen Euro im Jahr an die Stiftungen der im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien ausschüttete, verfassungswidrig ist. Was in Fachkreisen seit Jahren unumstritten ist, hat Karlsruhe nun (endlich) geurteilt. Wenn der Staat derart viel Geld an Organisationen vergibt, die Parteien nahestehen, braucht es dafür eine eigene gesetzliche Grundlage, Transparenz und Rechenschaftspflichten (BVerfG 2023). Doch hat das Urteil noch eine weitere Dimension: Es bedeutet auch den vordergründigen Erfolg des dazugehörigen Organstreitverfahrens der AfD. Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ist der bisherige Versuch, die Zuschüsse an die parteinahen Stiftungen lediglich im Bundeshaushaltsgesetz zu regeln – und die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) mittels eines Haushaltsvermerks von der Förderung auszuschließen – gescheitert. Der Bundestag hatte im Haushaltsgesetz für 2023 vermerkt, dass die Globalzuschüsse zur gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit nur politischen Stiftungen gewährt würden, die „nach ihrer Satzung und ihrer gesamten Tätigkeit jederzeit die Gewähr bieten würden, dass sie sich zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes be-

kennen und für deren Erhaltung eintreten“ (Deutscher Bundestag 2022a).

Ob der formelle Erfolg der AfD vor dem Verfassungsgericht ihr allerdings am Ende auch nützt, hängt von den kommenden Wochen ab. Denn nicht nur hat das Gericht mit seinem Urteil grundsätzlich gebilligt, dass der Staat parteinahe Stiftungen finanziert, wenn er es denn auf einer gesetzlichen Grundlage tut. Ausdrücklich zugelassen hat das Gericht auch die Möglichkeit, mit einem Gesetz zu regeln, unter welchen Voraussetzungen parteinahe Stiftungen eine Finanzierung erhalten – und unter welchen Voraussetzungen dies ausgeschlossen wird. Insbesondere den „Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ hob das Gericht dabei hervor.

Damit liegt es nun am Bundestag, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der nicht nur die Voraussetzungen für eine verfassungskonforme Finanzierung von Rosa-Luxemburg-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung und Hanns-Seidel-Stiftung schafft, sondern gleichzeitig verhindert, dass die Desiderius-Erasmus-Stiftung staatliche Mittel erhalten kann. Doch die Zeit ist knapp: Im späten Herbst steht das neue Gesetz über den Bundeshaushalt 2024 an, in dem auch wieder die Finanzierung der parteinahen Stiftungen geregelt wird. Sollte der

Bundestag es versäumen, bis dahin ein Stiftungsfinanzierungsgesetz vorzulegen, wird die DES im Haushalt berücksichtigt werden müssen – oder würde bei Nicht-Berücksichtigung eine Finanzierung voraussichtlich problemlos vor Gericht durchsetzen können. Bis Redaktionsschluss dieser Studie ist nicht öffentlich bekannt, ob es bereits einen Entwurf für ein solches Gesetz der Ampelkoalition gibt. Verhandlungen dazu laufen offenbar. Öffentlich sind bisher lediglich Entwürfe aus der Zivilgesellschaft und Wissenschaft.¹

Gleichzeitig stehen weitere gerichtliche Entscheidungen zur DES aus: Das Bundesverfassungsgericht hat noch zu klären, ob aus seinem Grundsatzurteil zur Verfassungswidrigkeit der Stiftungsfinanzierung folgt, dass die DES für das Jahr 2022 nachträglich staatliche Mittel erhält. Die entsprechende Verfassungsbeschwerde der AfD hatte das Gericht aus seinem Grundsatzurteil ausgeklammert, um darüber gesondert zu entscheiden. Auch das OVG Münster muss sich noch in einem Berufungsverfahren zur Finanzierung der DES in den Jahren 2018, 2019 und 2021 befassen (OVG Münster 5A 1882/22). In diesem Verfahren hatte die DES auf dem normalen verwaltungsrechtlichen Weg geklagt, um eine Förderung zu erhalten. Entscheidungen oder mögliche Anhörungen für beide Verfahren sind noch nicht terminiert.

Sowohl für den Gesetzentwurf als auch für die ausstehenden gerichtlichen Entscheidungen spielt eine zentrale Rolle, wie die Stiftung der AfD konkret arbeitet. Bereits in unserer OBS-Vorgängerstudie zum Netzwerk der DES konnten wir aufzeigen, dass diese ein zentraler Baustein für Versuche der Neuen Rechten ist, in Deutschland Hegemonie im vopolitischen Raum zu erlangen (Semsrott/Jakubowski 2021). Entscheidende Akteur:innen der Stiftung sind teilweise seit Jahrzehnten äußerst gut vernetzt und organisiert in der extremen Rechten. Entsprechend wenig überraschend sind handelnde Akteur:innen immer wieder mit völkisch-nationalistischen, geschichtsrevisionistischen, rassistischen und antisemitischen Positionen aufgefallen. Mit einer staatlichen Förderung in Millionenhöhe könnte die DES dauerhafte Strukturen schaffen, um mit einer breit aufgestellten Bildungsarbeit derart menschenfeindliche Positionen der Neuen Rechten² in der Gesellschaft stärker zu verankern.

Die konkrete Bildungsarbeit der DES wurde bisher allerdings noch nicht systematisch beleuchtet. Diese Leerstelle füllen wir mit dem vorliegenden Arbeitspapier und belegen, dass die Stiftung verwirklicht, wovon Strategen der Neuen Rechten seit Jahrzehnten träumen: Die DES soll mit ihren Veranstaltungen, Seminaren, Symposien und Studien rechten Nachwuchs fördern,

1 Neben dem bereits in der Vorgängerstudie (Semsrott/Jakubowski 2021) besprochenen Policy Paper des Ex-Bundestagsabgeordneten Volker Beck legte Prof. Dr. Markus Ogorek von der Universität Köln im Auftrag von Campact einen eigenen Entwurf vor (Campact 2023). Frühere Gesetzentwürfe stammen aus den 1990er-Jahren (vgl. hierzu Meertens 2010: 26).

2 Die Neue Rechte ist ein Teilbereich der extremen Rechten; ausführlich zur Neuen Rechten: Semsrott/Jakubowski 2021: 26.

menschenfeindliche Positionen vermitteln und diese tief in die Mitte der Gesellschaft tragen.

Im Folgenden zeigen wir zunächst, welche unmittelbaren Pläne die DES im Anschluss an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts verfolgt. Zudem gehen wir auf die personellen Entwicklungen der Stiftung innerhalb der vergangenen zwei Jahre ein, die für die weitere Ausrichtung der DES aufschlussreich sind. Im anschließenden Hauptteil analysieren wir die Bildungsarbeit der DES anhand einer Aufschlüsselung der Referent:innen

der Stiftung und ihrer Veranstaltungen. Hierfür stützen wir uns auf öffentlich zugängliche Informationen der Stiftung, Veröffentlichungen in den sozialen Medien sowie von Recherchegruppen und der Presse. In einem weiteren Schritt kontextualisieren wir den Korpus der menschenfeindlichen Positionen in der DES-Bildungsarbeit. Abschließend diskutieren wir Handlungsoptionen von Bundesverfassungsgericht sowie Bundestag im Zusammenhang mit der DES, die sich im Anschluss an das Urteil zur Stiftungsfinanzierung eröffnet haben.

Weitere OBS-Publikationen zum Thema:



Kostenloser Download unter:

<https://www.otto-brenner-stiftung.de/des>



Kostenloser Download unter:

<https://www.otto-brenner-stiftung.de/afd-radikalisiert-und-etabliert/>

2 Die DES im Jahr 2023

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Stiftungsfinanzierung witterte die Desiderius-Erasmus-Stiftung im Frühjahr 2023 Morgenluft: Zwei Wochen nach dem Urteil stellte die DES-Vorsitzende Erika Steinbach Anträge an das Bundesverwaltungsamt, um bisher nicht gezahlte staatliche Mittel an die DES für die Jahre 2019, 2020 und 2021 einzufordern (Steinbach 2023). Zudem kündigte Steinbach an, die Argumentation des Bundesverfassungsgerichts auch in das noch laufende Gerichtsverfahren der Stiftung gegen das Bundesverwaltungsamt vor dem Oberverwaltungsgericht Münster einzubringen (DES 2023). Im Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht hatten AfD und DES wiederholt betont, dass sie ein Anrecht auf staatliche Förderung hätten.³ Dabei geht es pro Jahr um viele Millionen Euro: Für das Jahr 2022 beantragte die AfD-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss beispielsweise 7,854 Millionen Euro, für das Jahr 2023 schon 11,691 Millionen Euro (Deutscher Bundestag 2022h). Die Anträge wurden vom Ausschuss genauso abgelehnt wie der Antrag der AfD, die Globalzuschüsse an die anderen parteinahen Stiftungen um 40 Prozent zu kürzen (Deutscher Bundestag 2022b). Würde die AfD-nahe Stiftung behandelt wie andere

gleich große Stiftungen, würde sie nach ihren Aufbaujahren mit reduziertem Budget mittelfristig ebenfalls zwischen 56 Millionen Euro (Heinrich-Böll-Stiftung 2020) und 80 Millionen Euro (Rosa-Luxemburg-Stiftung 2020) Bundesförderung aus den verschiedenen Budgets der Bundesministerien erhalten können.⁴ Alleine durch die Globalzuschüsse des Bundesinnenministeriums erhielten die vier kleineren Stiftungen von FDP, Grünen, CSU und Linkspartei im Jahr 2022 je zwischen 13,3 und 16,3 Millionen Euro (Deutscher Bundestag 2022f).

Das Geld aus dem staatlichen Fördertopf will die DES nutzen, um ihre Arbeit nach vielen Jahren der Planung professionalisieren und skalieren zu können – oder, in den Worten Erika Steinbachs, „die geistigen Grundlagen für eine politische Erneuerung unseres Landes“ zu legen (DES 2022b). In einem Konzeptpapier plante die DES, zukünftig pro Jahr bundesweit rund 500 Seminare anzubieten (Pittelkow/Riedel 2018). Ebenfalls wurde anvisiert, Stipendien zu vergeben und ein AfD-Parteiarchiv aufzubauen. Nach Aussagen Steinbachs ist dies der DES derzeit finanziell jedoch noch nicht möglich (DES 2022a). Gleiches gelte auch für das neuere Ziel, Auslandskontakte

3 Sämtliche Schriftsätze des Verfahrens sind zu finden auf <https://fragdenstaat.de/dokumente/sammlung/132-des-bundesverfassungsgericht/>.

4 Die Unterschiede in der Finanzierung sind teils auch über temporäre Zuschüsse für Bauvorhaben zu erklären.

herzustellen. Hatte es aus der Stiftung heraus anfänglich noch geheißen, man plane aufgrund ideologischer Vorbehalte keine Büros im Ausland (Pittelkow/Riedel 2018; DES 2020a), deuten jüngere Aussagen darauf hin, dass die DES bald auch ihre Fühler etwa in die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens ausstrecken könnte, wohin Akteur:innen der Stiftung gute Kontakte haben (Lazarević 2022). Passend zu diesen Plänen, trat die DES Steinbach zufolge im März 2023 der Stiftung der rechten *Identity and Democracy*-Fraktion (*ID*) im Europaparlament bei. Und kam damit sogar der AfD-Bundespartei zuvor. Diese entschied erst auf ihrem Parteitag Ende Juli 2023 in Magdeburg über den Beitritt zur ID-Fraktion.

Schenkt man den Auskünften Steinbachs Glauben, dann werden die Aufgaben der DES derzeit weitestgehend ehrenamtlich geleistet, darunter auch die Organisation der bisher rund 200 stattgefundenen DES-Bildungsveranstaltungen. Diese seien bis zum heutigen Tag ohne öffentliche Mittel durch die Hilfe „vieler Spender und Freunde“ durchgeführt worden, wie Erika Steinbach anlässlich der Feierlichkeiten zum 5-jährigen Bestehen der Stiftung verkündete (DES 2022b). Doch wie bei so gut wie allen Fragen rund um die DES fehlt es auch hier an Transparenz. Es gibt über diesen Förderkreis fast keine Informationen, weder über einen Großteil der Mitglieder noch über ihre Anzahl. Vieles spricht dafür, dass es sich um einen festen Stamm von Förder:innen handelt, über deren Aufnahme die Stiftung nach Antragstellung entscheidet. Einer, der dies öffentlich gemacht hat, ist Tobias Stober, seit April

2022 amtierender Landesgeschäftsführer der AfD Niedersachsen. Er wurde im Februar 2022 in den Förderkreis aufgenommen (Stober 2023). Stober steht zentralen Personen in der AfD nahe, die zu den inzwischen offiziell aufgelösten Netzwerken *Patriotische Plattform* und *Flügel* gehörten. So teilte er auf Twitter Inhalte der extrem rechten Hans-Thomas Tillschneider und Andreas Kalbitz, aber auch von *Ein-Prozent-Aktivist* Simon Kaupert, als dieser im September 2022 vom ‚Preußenfest‘ der AfD mit Björn Höcke in Schnellroda berichtete. Nachdem der AfD-Landesparteitag in Niedersachsen im Mai 2022 der – nach Beobachtung durch den Verfassungsschutz und darauffolgender Selbstauflösung im Jahr 2018 – neu gegründeten *Jungen Alternative (JA)* den Status als Jugendorganisation der Partei absprach (Speit 2022a), solidarisierte sich Stober mit der JA und teilte u. a. einen Tweet mit dem Inhalt „Höcke! [...] JA zur Jungen Alternative“.

2.1 Wer führt?

Nicht nur die Förder:innen haben einen festen Stamm, auch der Stamm des Stiftungspersonals bleibt bisher relativ stabil. So haben sich in den vergangenen beiden Jahren personell nur wenige Veränderungen im Vorstand der DES ergeben. Der amtierende Vorstand wurde im September 2021 in Frankfurt am Main gewählt, im Vereinsregister sind die Änderungen seit Februar 2022 eingetragen. Angelika Wöhler-Geske, ehemalige AfD-Mitarbeiterin in Kiel, ersetzte im Vorstand Jan Moldenhauer. Das Ex-CDU-Mitglied Steinbach – inzwischen der AfD beigetreten – bleibt als Vorsitzende das sichtbarste Gesicht der DES

und ist gleichzeitig die Referentin mit den meisten Vorträgen für die Stiftung. Die weiteren Veränderungen und Streits in der Stiftung zeigen, dass sich die DES Schritt für Schritt immer weiter rechts außen positioniert:

So wurde der rheinland-pfälzische Landtagsabgeordnete *Martin Louis Schmidt*⁵ in den Vorstand gewählt, der seit Jahrzehnten in der extremen Rechten aktiv ist. Er gehörte der *Freiburger Hochschulgilde Balmung* an, war zeitweise im Vorstand ihres Dachverbands, der völkisch-nationalistischen *Deutschen Gildenschaft*, und wurde ab Ende der 1980er-Jahre unter anderem für die Zeitschrift *Na Klar* tätig, der Publikation des extrem rechten *Bunds Heimattreuer Jugend* (Salzborn/Schwarz 1997: 11). Zudem wurde er in dieser Zeit Redaktionsmitglied der gerade entstehenden neurechten *Jungen Freiheit (JF)*, wo er für das Ressort Ethnopluralismus bzw. Nationalitätenfragen schrieb. Laut JF-Gründer Dieter Stein gehörte Schmidt damit zur „erste[n] Generation der JF-Autoren“ (Stein 2020) und habe den „erfolgreichen redaktionellen Auf- und Ausbau“ der Zeitung „wesentlich mit vorangetrieben“. Im April 2022 beklagte Schmidt in der JF, dass „Teile der deutschen Rechten [...] die verhängnisvolle Neigung [hätten], sich politisch selbst in die Ecke zu stellen und damit auf vielversprechende Wirkungsperspektiven zu ver-

zichten“ (Schmidt 2022). Als damaliger Autor der nationalrevolutionären Zeitschrift *Wir selbst* beschwerte sich Schmidt über „übereifrige Zeitgeistler“, die ihr „PC-Süppchen“⁶ kochen würden. Die deutsche Medienberichterstattung beschränke sich laut Schmidt bei historischen Ereignissen weitgehend auf die „verbrecherischen Seiten deutscher Historie des 20. Jahrhunderts“. Im Sommer 2022 wünschte sich Schmidt, dass die Zeitschrift in Zukunft mehr auf die Ideenwelt ihres „Spiritus Rector“ Henning Eichberg zurückkomme, einem Vordenker der Neuen Rechten. Als Gastautor für Götz Kubitscheks *Sezession* schrieb Schmidt im Zusammenhang mit Geflüchteten von einem „nicht enden wollenden Migrations-Tsunami“, dessen Ausgangspunkt auf dem „Schwarzen Kontinent“ liege. Grenzen würden laut Schmidt Identität schaffen, indem sie „ethno-kulturelle Gruppen in ihrer Unterschiedlichkeit von anderen, fremden Gruppen“ bestärken (Schmidt 2008). In einem weiteren Text schreibt er, dass die Zukunft Europas auf seiner „ethno-kulturellen Substanz“ beruhe (Schmidt 2010). Schmidt leitet zudem die Arbeitsgruppe *AfD für gutes Deutsch des Vereins für Deutsche Sprache*. In einer Veröffentlichung der Gruppe heißt es, dass die „mit der teilweisen Leugnung der biologischen Geschlechter zugunsten sogenannter sozialer Geschlechter einhergehenden begrifflichen und grammatikalischen Kunstgriffe

5 Personen, zu denen wir in dieser Studie vertiefende Hintergrundinformationen geben, heben wir im Folgenden genauso kursiv hervor, wie zentrale Institutionen und Publikationsorgane der Neuen Rechten.

6 PC ist die Abkürzung für „Political Correctness“, eines der zentralen Konzepte der extremen Rechten in ihrem Kampf um kulturelle Hegemonie. Das Konzept steht für einen imaginierten „Tugendterror“ oder „Meinungsterror“ einer vermeintlich übermächtigen Minderheit, die kontrolliere, was gesagt werden dürfe. Eine Position, die von der extremen Rechten seit den 1990er Jahren erfolgreich im öffentlichen Diskurs etabliert wurde.

[...] sprachästhetische Vergewaltigungen“ seien (vgl. Lobin 2021: 96 f./120 f.).

Neuer zweiter Stellvertreter Erika Steinbachs in der DES ist seit 2021 der sächsische Landtagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der AfD Sachsen, *Joachim Michael Keiler*. Dieser zeigt sich immer wieder als Skeptiker des menschengemachten Klimawandels oder plädiert dafür, weniger Geld für „ungezügelter Migration“, die Europäische Union oder zivilgesellschaftliche Vereine auszugeben. Die finanzielle Förderung von „Genderlehrstühlen“ bezeichnet er als „verzichtbare Ideologieprojekte“ (Keiler 2022a; 2022b). Als stellvertretender Bundesvorsitzender nimmt Keiler eine zentrale Funktion im AfD-nahen *Mittelstandsforum für Deutschland* ein. Der Verein veröffentlichte 2021 unter der Überschrift „Stoppt den GREAT RESET“ verschwörungstheoretische, antisemitische Narrative. Die Hintergründe der „Lockdown-Politik“ der Bundesregierung seien „die große Transformation“ und der „Great Reset“ des Weltwirtschaftsforums in Davos. Deutschland solle „in eine globale Zentralverwaltungswirtschaft“ sowie in „eine Weltregierung“ geführt werden (Mittelstandsforum 2021). Die verschwörungstheoretische Erzählung des „Great Resets“ wird uns in dieser Studie immer wieder begegnen, da sie von einem Großteil des DES-Personals und der ihnen nahestehenden Personen verbreitet wird. Dabei handelt es sich um eine Erweiterung der Erzählung vom „Großen Austausch“, nach der eine vermeintlich geheime Weltelite mit George Soros an der Spitze die weltweiten Fluchtbewegungen lenke, um die europäischen

Bevölkerungen zu schwächen und auszutauschen. Zurück geht der Begriff auf einen der zentralen Denker der Neuen Rechten, Renaud Camus, der ihn 2011 prägte. Die Erzählung des „Great Resets“ erweitert diese Verschwörungsideologie: Nun geht es darum, dass eine geheime Weltelite, diesmal mit Bill Gates an der Spitze, Corona in die Welt gebracht habe, um Europa sowie die USA zu schwächen und eine neue Weltordnung zu installieren.

In den Bahnen der Verschwörungserzählung vom „Great Reset“ bewegt sich auch *Dr. Klaus Peter Krause*, wenn er Anfang 2023 davon schreibt, dass es einen großen politischen Willen gebe, „die Deutschen langfristig durch Nicht-Deutsche zu ersetzen“ (Krause 2023). Krause ist nach wie vor der erste Stellvertreter Steinbachs und fällt immer wieder durch die Verbreitung von verschwörungstheoretischen Narrativen auf (vgl. hierzu auch ausführlich Semsrott/Jakubowski 2021: 40). Die Veröffentlichungen auf seinem eigenen Blog zeigen ein Spiegelbild der Themen, mit denen sich die DES in ihren Bildungsveranstaltungen auseinandersetzt: Immer wieder veröffentlicht er dort verschwörungsideologische, rassistische und antisemitische Inhalte. Im bereits zitierten Text von 2023 führt er beispielsweise weiter aus, dass von ihm nicht näher benannte „Globalisten“ mit „Corona-Hysterie“, dem „irre[n] Gender-Wahn“, dem „Zerrütten“ von Familie, des Bildungswesens, sowie der inneren Sicherheit, einen „Frontalangriff“ führten und mit „Neuer Weltordnung“ und „Great Reset“ hinter den Deutschen her seien. Die „staatsfrommen“ Medien seien dabei

der Wegbereiter in eine „oligarchische Diktatur“ (Krause 2023). Beim Weltwirtschaftsforum in Davos sah Krause im Mai 2022 ein „diktatorisches Vorhaben“, zu dessen Umsetzung auch „die globalisierte Klimaschutzpolitik, der inszenierte globale ‚Kampf‘ gegen die vorgebliche Coronavirus-Pandemie und die beabsichtigten Migrationsströme aus muslimischen und schwarzafrikanischen Ländern“ gehören würden. Der Terminus ‚Schwarzafrika‘, der von Akteur:innen der DES immer wieder genutzt wird, ist fester Bestandteil rechten, rassistischen Sprachgebrauchs. Er baut auf der Annahme auf, dass es ‚Menschenrassen‘ gibt. Während dem Norden Afrikas Kultur und Geschichte zugesprochen wird, wird Subsahara-Afrika jegliche Geschichte und Kultur abgesprochen (vgl. Arndt 2004). Im Januar 2023 kommentierte Krause, dass „die Deutschen überrannt und zur Minderheit gemacht werden sollen“. Angela Merkel habe „Moslems und Schwarzafrikaner“ nach Deutschland „einströmen“ lassen, die in Deutschland ihre Sitten und Gebräuche ausüben würden. Krause nimmt in seinen Texten auf Medien Bezug, die für die Veröffentlichung verschwörungstheoretischer Inhalte bekannt sind. So verweist er auf die Webseiten *Uncut-News* und *Anti-Spiegel*, in denen in der Vergangenheit massenhaft Desinformationen u. a. zum Ukraine-Krieg oder der Corona-Pandemie verbreitet wurden. Mit Genehmigung veröffentlicht Krause auch Texte anderer Autoren, etwa im Februar 2023 einen Text des ehemaligen Vorsitzenden der *Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG)*, Prof. Dr. Menno Aden, der in der Vergangenheit während einer

Veranstaltung mit Bezug auf den Holocaust einmal sagte: „Seriöse Historiker nennen heute ganz andere Zahlen, man traut sich nur nicht, sie entgegenzuhalten [...] denn sie sind geradezu strafbar gering“ (zit. nach Häusler 2014: 67). Die SWG wurde im Juni 2023 vom Hamburger Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ eingestuft. Bei Redaktionsschluss dieser Studie befand sich auf der Startseite der Internetpräsenz der SWG ein Verweis auf die Webseite von Klaus Peter Krause.

Ob es seit 2021 neben dem Vorstand auch im Kuratorium zu Veränderungen kam, ist nicht bekannt, da die Mitglieder des Kuratoriums weiterhin von der DES nicht veröffentlicht werden. *Dr. Karlheinz Weißmann* ist aber offenbar noch immer dessen Vorsitzender (vgl. hierzu ausführlich Semsrott/Jakubowski 2021: 42–44). Einige Mitglieder haben zudem ihre Kuratoriumsmitgliedschaft selbst preisgegeben, darunter Bundestagsabgeordnete der AfD wie *Marc Jongen*, der dem IfS nahesteht und oft als „Chefideologe“ der AfD bezeichnet wird, sowie *Harald Weyel*, der als Abgeordneter zwischenzeitlich den IfS-Geschäftsführer und ehemaliges DES-Vorstandsmitglied Erik Lehnert beschäftigte. Weyel referierte am 13. Dezember 2022 bei der DES zum Thema „Grenzen der Globalisierung – Von Friedrich List zur Welthandelsorganisation“.

Auch der im März 2023 in den Bundestag nachgerückte *Rainer Rothfuß* ist im Kuratorium vertreten. Er ist stellvertretender Landesvorsitzender der AfD Bayern und pflegte in der Vergangenheit

gute Kontakte in rechte prorussische Netzwerke (Wienand 2023). Im Februar 2023 sprach Rothfuß in einem Interview mit *AUF1* von „globalistischen Eliten“ und verbreitete weitere verschwörungs-ideologische Narrative.

Eine besondere Rolle nimmt das Kuratoriumsmitglied *Dr. Ulrich Vosgerau* ein. Er vertrat die AfD in ihren Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. In der Vergangenheit war er mehrfacher Referent bei Veranstaltungen der DES, so im April 2021 im *DES-TV*, im Juni 2022 beim DES-Geburtstag, beim DES-Kongress am 25. März 2023 sowie einen Monat darauf mit einem Referat zum Grundgesetz. In der 3. Ausgabe der DES-Zeitschrift *Faktum* veröffentlichte er den Beitrag „Das bestorganierte Land der Welt – über die Reichsverfassung“ (Vosgerau 2021a). Er trat bei Veranstaltungen der queerfeindlichen und antifeministischen „Demo für Alle“ sowie Formaten der rechten Alternativmedien *Tichys Einblick* und *Achse des Guten* in Erscheinung. Auch für die neurechten Zeitschriften *Tumult*, das *Cato Magazin* sowie die *Junge Freiheit* schrieb Vosgerau. Im April 2021 kritisierte er hier die Beobachtung des IfS durch das Bundesamt für Verfassungsschutz, verteidigte die Positionen der *Identitären Bewegung* mit Blick auf den von ihr vertretenen Ethnopluralismus und kritisierte stattdessen „die schrittweise eingetretene Homogenisierung der Presse- und Medienlandschaft im Sinne grüner und neulinker Ideen“, welche das „politische System unter Konformitätsdruck gesetzt“ hätte (Vosgerau 2021b).

2.2 Extrem rechte Strategiekämpfe

Dieser Kurs des DES-Personals nach immer weiter rechts außen könnte sich bald noch stärker öffentlich zeigen. Denn zunehmend häufiger werden Konflikte über die Außendarstellung der DES auf offener Bühne ausgetragen. Steinbach betonte in ihrer Rede zum 5-jährigen Bestehen der DES im November 2022 noch, die Stiftung sei die „einzige konservative politische Stiftung im vorpolitischen Raum“ (DES 2022b). Wie falsch und verschleiern diese Selbstbeschreibung als konservativ ist, wurde an mehreren Stellen dargelegt (u. a. Semsrott/Jakubowski 2021). Ebenso, dass Konflikte über die Ausrichtung der Stiftung, wie zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Rauswurf des IfS-Geschäftsführers Erik Lehnert aus dem DES-Vorstand weniger inhaltlicher, als viel mehr rein taktischer Natur waren (Pfahl-Traughber 2022: 114 f.). So gab es keine inhaltliche Abgrenzung von Lehnert, sein Nachfolger im Vorstand, der AfD-Landtagsabgeordnete in Mecklenburg-Vorpommern, Thore Stein, ist ähnlich radikal wie er. Ursächlich für den Rauswurf Lehnerts scheint allein die Beobachtung des IfS und spätere Einstufung als gesichert rechtsextrem durch den Verfassungsschutz gewesen zu sein. Dies war der DES offenbar zu gefährlich für die eigenen Pläne einer staatlichen Finanzierung.

Beim AfD-Bundesparteitag in Riesa im Sommer 2022 hätte Steinbachs Strategie der taktischen Mäßigung und Selbstverharmlosung vollends fallen können. Die AfD diskutierte bereits über die Einsetzung einer Kommission zur Vorberei-

tung einer Strukturreform, deren Teil auch die Auseinandersetzung über die zukünftige Ausrichtung der Stiftung hätte werden können. Aus Sicht einiger Parteimitglieder nahm die Stiftung nicht die Rolle in der Nachwuchsentwicklung ein, die im Sinne einer „Bestenauslese“ wünschenswert wäre. Auch sollte erneut diskutiert werden, ob die AfD überhaupt eine parteinahe Stiftung haben wolle oder die Nachwuchskräftegewinnung anderweitig stattfinden solle (AfD 2022). Über den von Vertrauten Björn Höckes eingebrachten Antrag, der Höcke womöglich zum Kopf dieser Kommission gemacht hätte, wurde letztlich allerdings aufgrund des vorzeitigen Abbruchs des Parteitages nicht entschieden (Wierzioch 2022).

Ein weiterer Konflikt auf öffentlicher Bühne fand im November 2022 statt: Steinbach distanzierte sich von einer Veranstaltung, die unter dem Titel *Deutschland 2050* auf Betreiben der Desiderius-Erasmus-Stiftung Schleswig-Holstein⁷ stattfand. Steinbach sah sich genötigt klarzustellen, dass es sich, aufgrund der Einladung zunächst nicht sofort ersichtlich, nur um ein Seminar der AfD-nahen Landesstiftung handelte, die wiederum vollkommen unabhängig von der Bundesstiftung handle. Zudem nahm Steinbach Abstand von einem der geladenen Referenten, den sie als „vollständig indiskutabel“ bezeichnete (Joswig 2022). Dabei ging es ihr offenbar nicht um die später dann auftretenden extrem rechten AfD-Politiker Martin Reichhardt, Maximilian

Krah und Sebastian Maack, sondern um Jonas Schick, den Herausgeber der rechten Öko-Zeitschrift *Die Kehre* und Autor der *Sezession*. Schick reagierte auf Twitter mit der Frage, wie Steinbach sich von jemandem distanzieren könne, dessen Publikationen in der *Bibliothek des Konservatismus* ausliegen würden, wo Steinbach ebenfalls „ein- und ausgehe“. Als Reaktion auf ihre Distanzierung wurde Steinbach teilweise zum Rücktritt aufgefordert. Eine Forderung, die auch von der JA geteilt wurde, als sie einen im neurechten *Freilich Magazin* erschienenen Artikel über ihren Telegram-Kanal verbreitete.

Schick kam schließlich nicht. Doch auch ohne ihn als Referenten beschäftigten sich die Teilnehmenden des Seminars mit vom Veranstalter Dietrich Wienecke, der nach Angaben von Steinbach in der Vergangenheit einmal die Moderation einer DES-Veranstaltung übernommen hatte, zuvor versandten Schulungsunterlagen, die in der ‚taz‘ als „rechtsextreme Hetzschrift“ bezeichnet wurden (Joswig 2022). Darunter Warnungen vor einer „neo-marxistischen Kulturrevolution“, „muslimischer Masseneinwanderung“ und Fragen, wie man der „autochthonen Bevölkerung“ das Leben erleichtern oder „als stolze aber vielfach verfolgte Minderheit im eigenen Land“ ein würdiges Leben führen könne. Am Abend desselben Tages lud die AfD Hamburg die Teilnehmenden des Seminars zu einem Vortrag in das Hamburger Rathaus ein. Es referierte Karlheinz Weißmann (ebd.). Einzelne Vorträge der Veran-

7 Seit Februar 2023 heißt die DES Schleswig-Holstein „Medias-In-Res Stiftung“, möglicherweise um Verwechslungen auszuschließen.

staltung wurden im Anschluss im extrem rechten Magazin *Info Direkt* abgedruckt. Dem Vorstand der die Veranstaltung durchführenden Landesstiftung gehört indes nicht nur Steinbachs erster Stellvertreter Klaus Peter Krause an, sondern auch der DES-Vorstand und mehrfacher Referent Stefan Sellschopp.

Daran zeigt sich, dass die radikalen Inhalte der DES nicht zur internen Diskussion stehen – die Außendarstellung der Stiftung allerdings schon, schließlich geht es dabei vor allem um die Frage der Finanzierung durch Steuergelder. Der AfD-Abgeordnete Hans-Thomas Tillschneider aus Sachsen-Anhalt kritisierte auf dem Abschlusspodium der IfS-Winterakademie 2023 etwa, dass einige Protagonist:innen der Stiftung sich in der Öffentlichkeit gemäßiger äußern würden als hinter den Kulissen.

Dieser Streit um die strategische Ausrichtung dürfte noch stärker aufflammen, sollte die DES tatsächlich staatlich gefördert werden und es dann um die Verteilung von mehreren Millionen Euro geht. Dabei zeigen sich starke Parallelen zu den Auseinandersetzungen in der AfD: Diese hat den Übergang von einer taktischen Selbstverharmlosung in der öffentlichen Kommunikation hin zu einer immer offensiveren Platzierung extrem rechter und faschistischer Positionen seit dem AfD-Bundesparteitag in Kalkar 2020 und dem Austritt von Jörg Meuthen bereits vollzogen. So ist die Mutterpartei der DES seitdem in eine Phase der noch stärkeren Anbindung an

extrem rechte Bewegungen eingetreten (Schroeder/Weßels 2023: 11). Eine Entwicklung, auf die DES-Vorsitzende Steinbach mit dem Eintritt in die AfD reagierte.

Doch in der Stiftung wird sie möglicherweise bald rechts überholt: Der AfD-Politiker und fraktionslose Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich, der dem völkisch-nationalen *Flügel* zugerechnet wird, sagte während einer Podiumsdiskussion des IfS im Sommer 2023, dass die Stiftung derzeit im Bereich der Bildungsarbeit vollkommen versage. Der AfD-Spitzenkandidat für die EU-Parlamentswahl Maximilian Kraß bezeichnete die DES während derselben Podiumsdiskussion als „dysfunktional“, beklagte die mangelnde Einflussmöglichkeit aufgrund der Unabhängigkeit der Stiftung und dachte laut über den Entzug der Parteinähe der Stiftung sowie eine Neugründung nach. Aus den Aussagen Kraßs lässt sich schlussfolgern, dass die Personen um Höcke sich in Zukunft eine Stiftung vorstellen, die ein Schulungsprogramm auflegt, welches noch stärker ihren Vorstellungen entspricht. So könnte es sein, dass die DES parallel zur AfD, entsprechend der schon heute sichtbaren Machtverhältnisse gänzlich auf Höcke-Kurs gebracht wird.

Ähnlich wie bei Auseinandersetzungen in der AfD ist es sehr wahrscheinlich, dass sich mittelfristig auch in der DES diejenigen Personen durchsetzen, die für offen radikale Positionen plädieren – prominent vertreten sind sie in der DES jetzt schon.

3 Akteur:innen der Bildungsarbeit

Das Personal bestimmt die Inhalte. Die meisten DES-Bildungsveranstaltungen werden von den Funktionsträger:innen der DES – oder engen Vertrauten aus der Neuen Rechten – angeboten. 50 von ihren bisher insgesamt rund 200 Veranstaltungen organisierte die DES nach eigenen Angaben im Jahr 2022 (DES 2022c). Insgesamt 67 Veranstaltungen, die seit November 2021 stattfanden, konnten wir für diese Studie ausmachen (vgl. Tabelle im Anhang). In der Regel handelt es sich dabei um einzelne Vorträge, die mal in Präsenz, teilweise jedoch, auch aufgrund von Corona-Einschränkungen, als Web-Seminare angeboten wurden. Hinzu kommen wenige, selten mehrtägige, Seminare mit mehreren Referent:innen. Im Internet veröffentlichte DES-Publikationen wie die stiftungseigene Schriftenreihe *Faktum* gab es seit Januar 2021 nicht mehr.

Wie bei der Frage des Personals der DES, gilt auch mit Blick auf die konkrete Bildungsarbeit: Die Stiftung tut alles, um den Schein von Öffentlichkeit herzustellen, wirkliche Transparenz ist jedoch nicht gegeben. Zwar sind geplante und vergangene Veranstaltungen auf der Webseite zu finden. Die Namen der Referent:innen werden

allerdings von der DES nicht immer veröffentlicht. So ließ sich zum Beispiel der Ankündigung einer Veranstaltung im Oktober 2022 nur entnehmen, dass der Referent „ein ausgewiesener Kenner der Materie“ sei. Weiterhin hält die DES häufig an der in den letzten Jahren schon etablierten Praxis fest, bei Präsenzveranstaltungen den exakten Veranstaltungsort erst kurzfristig und nach erfolgter Anmeldung bekannt zu geben. So war der Ankündigung eines Vortrags mit dem Autor Stefan Schubert im Februar 2023 als Ort der Veranstaltung zunächst nur der „Raum Hochfranken“ zu entnehmen. Es bedarf also einiges an Recherchearbeit. Hierfür sind die Social Media-Auftritte der Stiftung oder Ankündigungen auf den Accounts von Funktionär:innen der Stiftung und den geladenen Referent:innen hilfreich, auf denen weitere Informationen über geplante oder vergangene Veranstaltungen zu finden sind. Dementsprechend basieren die nachfolgenden Darstellungen der DES-Aktivitäten auf den Ankündigungen der Stiftung auf ihrer Website sowie auf den veröffentlichten Vorträgen auf dem Youtube-Kanal der Stiftung.⁸ Da das Personal der DES wie gesehen aufs Engste mit der Neuen Rechten verbunden ist, war davon

⁸ Dabei wird davon ausgegangen, dass im Archiv befindliche Veranstaltungen entsprechend der Ankündigung stattgefunden haben, da einzelne nicht stattgefundene Veranstaltungen umgekehrt als „abgesagt“ dargestellt werden. Sollte eine Veranstaltung nicht stattgefunden haben, so sind hier dennoch ausschließlich Personen erwähnt, die einmal in einer aufgrund öffentlicher Quellen recherchierbaren Veranstaltungsankündigung der Stiftung auftauchten. Auf diese Weise soll eine Vorstellung von dem mit der Stiftung verbundenen Personenpotenzial gegeben werden.

auszugehen, dass die Stiftung auch im Rahmen ihrer Bildungsarbeit auf Referent:innen zurückgreift, die den zentralen rechten Organisationen und Netzwerken zuzuordnen sind. Der Analysezeitraum bezieht sich im Folgenden insbesondere auf Veranstaltungen nach Erscheinen der Vorgängerstudie im Oktober 2021. Wird auf weitere Veranstaltungen verwiesen, dient dies vor allem der Illustration der langjährigen Bezüge einzelner Referent:innen zur Stiftungsarbeit.

Die Recherche zeigt, dass sich Referent:innen der Stiftung aus aktuellen oder ehemaligen Funktionsträger:innen der AfD zusammensetzen, sowie aus Personen, die zur Neuen Rechten gezählt werden können oder zumindest im Umfeld der Neuen Rechten aktiv geworden sind. Nicht wenige publizierten in den sogenannten und selbsternannten „Alternativen Medien“, die sich als Gegenmodell zu traditionellen Medien gerieren (Boberg et al. 2020), oder traten in derartigen Formaten in Erscheinung. Bestehende Überschneidungen zwischen beiden Gruppen von Referent:innen ergeben sich schon aus der Nähebeziehung von DES und AfD zur Neuen Rechten, ihren Organisationen und Publikationsorganen (Semsrott/Jakubowski 2021).

3.1 Ein Wochenende im Raum Koblenz

Als repräsentativ für die DES-Bildungsarbeit kann eines der bisher wenigen größeren Seminare der DES angesehen werden: In der Nähe von Koblenz diskutierten am dritten Novemberwochenende 2021 bis zu zwei Dutzend Teilnehmende unter dem zunächst unverdächtig klingenden Motto

„Die Rolle des Staates in der Wirtschaft“. Es lohnt sich, vier der Referenten des Wochenendes genauer anzuschauen, um einen Eindruck von DES-typischen Veranstaltungen zu gewinnen.

In das Seminar, bei dem auch Erika Steinbach anwesend war, führte der als Referent für die AfD im bayerischen Landtag arbeitende *Jurij Kofner* mit einem Vortrag ein. Er leitet den Verein *MIWI Institut für Marktintegration und Wirtschaftspolitik*, den er selbst als AfD-nahe Denkfabrik sieht. Kofner, der als extrem rechter Netzwerker mit Verbindungen zur *Identitären Bewegung (IB)* und der russischen Neuen Rechten bekannt ist, leitete eine Zeit lang das von ihm in München gegründete *Zentrum für Kontinentale Zusammenarbeit (ZKZ)*. Das ZKZ, in dessen Vorstand auch Mitglieder der IB wie Maximilian Dvorak-Stocker oder Julius Schad saßen und auf dessen Webseite eine Zeit lang das *Institut für Staatspolitik, Compact Magazin*, die IB und die AfD als Kooperationspartner aufgelistet wurden, formulierte als Ziel unter anderem „die Befreiung Europas von einer US-amerikanischen Hegemonie“ sowie „das Ende des Großen Austausches der europäischen autochthonen Bevölkerung durch Masseneinwanderung nichteuropäischer Völker“ (vgl. Weinmann 2018: 359 f.; Berlekamp/Opielka 2018: 241; Gensing/Stöber 2016; Schmidt/Sulzbacher 2016). Auch in seiner zwischenzeitlichen publizistischen Tätigkeit für das *Compact-Magazin* verbreitete Kofner die These vom „Großen Austausch“ (Majić 2016), laut dem angeblich die weiße Mehrheitsbevölkerung in Deutschland durch eine nicht-weiße, muslimische Bevöl-

kerung ersetzt werden soll. In einem Interview beschrieb Kofner Russland 2016 als Bollwerk für christlich-abendländische Werte, da Europa durch einen „Schmelztiegel von afrikanischen und arabischen Einwanderern“ zerstört würde. Dadurch würde eine „Gesellschaft der Schwulen und Lesben, eine amorphe Masse“ entstehen (zit. nach Schultz 2016).

Die Idee zur Ausrichtung des Seminars hatte nach eigenen Angaben der ehemalige Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und ebenfalls referierende rheinland-pfälzische Landtagsabgeordnete *Joachim Paul*. Verbindungen Pauls zur DES bestehen schon länger. So trat er im September 2020 bei einem Seminar der Stiftung zum Thema „Digitale Jugendarbeit im Bereich der politischen Bildung“ in Baden-Württemberg in Erscheinung. Im März 2021 diskutierte er in einem Live-Format auf Facebook mit dem Kuratoriumsvorsitzenden Karlheinz Weißmann und dem ebenfalls schon bei der DES referierenden neurechten Historiker Stefan Scheil über die Frage „Wie sieht zeitgemäßer Patriotismus aus?“ (zu Scheil vgl. Semsrott/Jakubowski 2021: 30 f.). Auch Paul schrieb schon für das *Compact-Magazin*. Vor seiner Zeit als Landtagsabgeordneter arbeitete er für das rechte, FPÖ-nahe Medium *unzensuriert.at* und brachte seine Erfahrung im Anschluss beim Versuch ein, den Onlinesender *AfD-News* aufzubauen (Horacek 2018). Im November 2019 verlor Paul ei-

nen Ausschussvorsitz im rheinland-pfälzischen Landtag, nachdem ihm vorgeworfen wurde, unter Pseudonym für die NPD-Publikation *hier & jetzt – radikal rechte Zeitung* geschrieben sowie eine E-Mail-Adresse verwendet zu haben, aus der sich ein Bezug zum italienischen Faschismus und dem Erscheinungsbild von Mitgliedern der Waffen-SS herstellen ließ (Speit 2019). Im selben Jahr fiel er auf dem AfD-Bundesparteitag mit der Aussage auf, er wolle Burkini tragende Frauen „zurück nach Pakistan“ schicken (zit. nach Steffen 2019). Im Jahr 2022 nahm Paul an Veranstaltungen der extrem rechten Burschenschaft *Raczeks zu Bonn* teil, forderte auf seinem Instagram-Kanal als Reaktion auf polnische Forderungen nach Entschädigungszahlungen aufgrund des 2. Weltkriegs die Rückgabe von „West- und Ostpreußen, Pommern, Schlesien und Danzig“ und teilte ein Video des islamfeindlichen Aktivisten Michael Stürzenberger. Im Januar 2023 schrieb er über die damalige Berliner Staatssekretärin für Vielfalt und Antidiskriminierung: „Saraya Gomis [...] will Nofretete-Statue an Ägypten zurückgeben [...] Wollen wir nicht lieber Saraya zurückgeben? [...] Nofretete bleibt! Auf Frau Gomis können hingegen viele verzichten.“ Zuletzt bewarb er das neurechte Projekt *Gegen-Uni*, das sich zum Ziel setzt, extrem rechte Theorien zu verbreiten.⁹ Der Gründer dieses Projekts und zugleich Mitgründer des in Frankfurt am Main beheimateten *Konflikt Magazins* Erik Ahrens war ebenfalls in Koblenz zugegen.

⁹ Aufgrund der auffälligen Nähe des Projektes zur *Identitären Bewegung* wird vermutet, dass einer der Köpfe hinter dem Projekt der Österreicher IB-Aktivist Martin Sellner sein könnte (Voigts 2021; Rafael 2021).

Unter den weiteren Referenten des Wochenendes befanden sich der AfD-Bundestagsabgeordnete Kay Gottschalk sowie Ulrich van Suntum, der eine Zeit lang für Bernd Luckes Partei Liberal-Konservative Reformer auch in Führungspositionen tätig war, inzwischen aber dort ausgetreten ist. *Ulrich Van Suntum*, der schon für die *Junge Freiheit* und *Tichys Einblick* schrieb, referierte darüber hinaus im Dezember 2021, im Mai 2022 und zuletzt im Februar 2023 jeweils zu wirtschaftspolitischen Themen für die DES. Das ehemalige Bundesvorstandsmitglied *Kay Gottschalk* gilt als Vertreter einer völkischen Sozialpolitik, die unter anderem eine Bürgerversicherung unter Ausschluss von Ausländer:innen und Migrant:innen fordert (Gürgen et al. 2018). In einem im Jahr 2020 erschienenen Interview betonte er angesichts der offiziellen Auflösung des *Flügels*, dass seine Anhänger:innen weiterhin „integraler Bestandteil“ der AfD bleiben müssten. Wie Höcke halte er einen Großteil der Menschen, die sich im *Flügel* versammelt hätten, für „fantastische [...] großartige Leute“ (Münchenberg 2020). 2022 stellte Gottschalk für kurze Zeit den ehemaligen Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Christian Lüth, als Mitarbeiter ein. Dieser war 2020 aufgrund öffentlich gewordener menschenverachtender und rassistischer Äußerungen gegenüber Migrant:innen von der Fraktion entlassen worden (Steffen 2022).

Unter einem Seminarthema, das zunächst keine direkten Bezüge zur AfD zeigte, versammelten sich also Referenten mit großer Nähe zur Partei, die zudem bereits durch völkische, rassistische, antisemitische und homofeindliche Aussagen aufgefallen sind.

3.2 Bildungsarbeit durch AfD-Funktionäre

Wie bereits das Seminarwochenende in Rheinland-Pfalz zeigt, zählen zu den Referent:innen der DES im Wesentlichen zwei Gruppen: Zum einen AfD-Funktionäre, oft Abgeordnete von Bundestag und Landtagen; zum anderen Aktivist:innen der Neuen Rechten. Von den Funktionären sollen im Folgenden sieben hervorgehoben werden: Bei der DES referiert haben u. a. die aktuellen Bundestagsabgeordneten Joachim Wundrak und Götz Frömming sowie der ehemalige Bundestagsabgeordnete Anton Friesen, dazu Georg Pazderski und Sebastian Maack aus dem Berliner AfD-Verband sowie die Kommunalpolitiker Walter Schwaebisch und Artur Abramovych.

Der General – Joachim Wundrak

Joachim Wundrak, General a.D. und derzeit ranghöchster ehemaliger Bundeswehrsoldat in den Reihen der AfD, referierte am 30. Oktober 2022 über „Aktuelle Aspekte deutscher Sicherheitspolitik“. In einem Beitrag für die 2. Ausgabe der DES-Schriftenreihe *Faktum* aus dem Februar 2020 klagte Wundrak über angebliche geduldete Souveränitätsverletzungen am deutschen Volk (Wundrak 2020). Zudem würden in der Bundeswehr Gender-Mainstreaming, Diversität und Vielfalt höher bewertet als Einsatzbereitschaft und Kampfkraft. Die preußische Pflichterfüllung sei der Beliebigkeit und Dekadenz der Spaßgesellschaft gewichen. Deutsche Soldaten würden im Ausland Werte verteidigen, die ihnen „eine internationale Elite“ vorgebe, wobei ungesagt bliebe, „welche Werte und Interessen

wirklich“ dahinter stünden. Wundrak sieht nicht nur die Souveränität Deutschlands durch die EU und deren Institutionen durch „multikulturelle Masseneinwanderung“ bedroht, sondern sogar die gesamte Fortexistenz des Deutschen Volkes (Bahners 2023: 44; 495 f.).

Der Gymnasiallehrer – Götz Frömming

Götz Frömming, ehemaliger parlamentarischer Geschäftsführer und aktuell Mitglied des Vorstandes der Bundestagsfraktion, referierte am 3. Mai 2022 über das Thema „Bildung oder Umerziehung?“. Die Bildungslandschaft in Deutschland sei laut Frömming von links indoktriniert. Verantwortlich dafür seien die „Kinder der 68er-Revolution“, die in der Bildungsarbeit ihre Ideologie durchsetzen würden. So werde schon in Kindergärten mit der „Umerziehung“ begonnen, um die „Große Transformation“ durchzusetzen. In diesem Zusammenhang spricht er auch von einer „Gender-Ideologie“, die eine „gefährliche Ketzerei“, „Pseudowissenschaft“ und „pures Gift“ darstelle, die es daher zu verbieten gelte. Im Deutschen Bundestag sagte er, Deutschland brauche eine „Rückkehr zu Bildung und Wissen statt Gender und Inklusion um jeden Preis“. Frömming vertritt zudem die Ansicht, dass vorwiegend nur „gebildete“ oder „vermögende“ Menschen nach Deutschland einwandern dürfen. Eine Zuwanderung aus „bildungsfernen Schichten“ sei hingegen abzulehnen, da eine „ungesteuerte und ungebremste Massmigration aus kulturell fremden und bildungsfernen Schichten“ dafür verantwortlich sei, dass Deutschland in internationalen Bildungsvergleichen zurückfalle (Frömming 2023).

Der Putin-Versteher – Anton Friesen

Der Ex-Bundestagsabgeordnete Anton Friesen, früher einmal Vorsitzender der *Jungen Alternative Thüringen*, referierte am 15. Februar 2022, wenige Tage vor Russlands Angriff auf die Ukraine, über „Russlands konservative Rechte“. Friesen gilt als Unterstützer der Politik des russischen Präsidenten Wladimir Putin. So vertrat er die Ansicht, dass die Ukraine nur unter russischer Führung Stabilität erlangen könne (Wehner 2018). Während vom Vortrag bei der DES keine Aufzeichnung existiert, kann man auf dem Youtube-Kanal der in Sachsen-Anhalt beheimateten AfD-nahen *Friedrich-Friesen-Stiftung* einen am 17. Februar 2022 aufgenommenen Vortrag zum Thema „Russlands politische Rechte – Wurzeln, Strömungen, Personen“ finden (Friedrich-Friesen-Stiftung 2022). In diesem zeichnet Friesen das Bild eines konservativen Russlands, das unter Putin seinen Glauben zurückgefunden habe. Außerdem bespricht er die Ideen des Ultranationalisten, Faschisten und neurechten Vordenkers der eurasischen Ideologie Alexander Dugin. Die *Friedrich-Friesen-Stiftung*, die in Sachsen-Anhalt derzeit versucht, staatliche Förderung vor Gericht durchzusetzen, wird von Personen dominiert, die eine Vergangenheit in der *Patriotischen Plattform* haben und zu den Unterstützer:innen des *Flügels* innerhalb der AfD gezählt werden.

Der Berliner Scharfmacher – Georg Pazderski

Der Krieg in der Ukraine war auch Thema, als der Ex-Bundesgeschäftsführer, Ex-Landesvorsitzende und ehemaliges Berliner AfD-Abgeordnetenhausmitglied Georg Pazderski am 13. April und 15. Dezember 2022 über das Thema „Der

Ukrainekrieg und die europäische Sicherheitsarchitektur“ referierte. Zuvor hatte der ehemalige Offizier einen Beitrag für die 2. Ausgabe von *Faktum* geschrieben (Pazderski 2020). Pazderski galt lange Zeit als ein Vertreter gemäßiger, nationalkonservativer Positionen innerhalb der Partei (Joswig 2021), fiel jedoch auch zu dieser Zeit immer wieder mit rassistischen Aussagen auf. 2018 behauptete Pazderski, dass der Begriff weiße Männer durch eine „Genderkampagne“ zu einem Schimpfwort geworden sei (Kamann 2018). Auf dem Landesparteitag der AfD im Jahr 2019 machte er Migrant:innen für die in Berlin bestehende Wohnungsnot und volle Kitas verantwortlich (dpa 2019) und behauptete im Oktober 2020, eine Seenotrettungsorganisation habe den Attentäter des Anschlags von Nizza nach Europa gebracht. Diese Behauptung weiter zu verbreiten, wurde ihm später gerichtlich untersagt (epd 2021). Nach der Razzia gegen eine Reichsbürger-Gruppierung, die nach Erkenntnissen der Ermittlungsbehörden einen Umsturz geplant haben soll, warf Pazderski im Dezember 2022 Bundesinnenministerin Nancy Faeser eine Inszenierung vor und verharmloste die Verdächtigen als „Greise“ (Küstner/Schmidt 2022).

Der Flügel-Mann – Sebastian Maack

Wie Pazderski gehört auch der schon im Zusammenhang mit dem Seminar der DES Schleswig-Holstein erwähnte Sebastian Maack zum Berliner AfD-Landesverband. Maack gilt als Anhänger des *Flügels* und kritisierte 2020 den Ausschluss von Andreas Kalbitz durch den Bundesvorstand. Er referierte am 9. März 2022 über

das Thema „Demographie und Gesellschaft“. Zuvor war Maack schon im Oktober 2019 im Zusammenhang mit einem Seminar der Stiftung zum Titel „Wege aus der demografischen Katastrophe“ in Erscheinung getreten. Laut Maack bestehe in Deutschland eine „demographische Katastrophe“, die er in einem Interview mit dem der *Identitären Bewegung* nahestehenden österreichischen Magazin *InfoDirekt* als „existenziell gefährlich für unser Volk“ bezeichnet. Er beklagt weiter einen „Kulturabbruch“, der darin liege, dass immer weniger die deutsche Sprache gesprochen und deutsche Kultur weitergegeben werde. Für ihn sei daher eine „geburtsfördernde Familienpolitik“ anzustreben. Schon früher hatte Maack ethnopluralistische Positionen vertreten und sich gegen eine Vermischung von Kulturen ausgesprochen. Seiner Ansicht nach gehöre Deutschland den Menschen, die deutsch sprechen und eine deutsche Kultur haben (Kontraste 2017). Ein von Maack gegründetes „Kompetenz-Netzwerk“ wurde als Versuch angesehen, den formal aufgelösten *Flügel* in Berlin unter neuer Bezeichnung wiederzubeleben (Joswig 2023).

Der Kommunalpolitiker – Walter Schwaebisch

Um den Krieg in der Ukraine ging es zu Beginn des Jahres 2023, als der AfD-Kommunalpolitiker Walter Schwaebisch am 23. Februar 2023 „Zur Rolle der USA vor dem Ukraine-Krieg“ referierte. Bei einer Befragung vor der Bundestagswahl 2017, zu der er kandidierte, stimmte er der These zu, dass Deutschland die Sanktionen gegen Russland auch ohne Beendigung der Annexion der Krim beenden sollte. Zudem forderte er ein

„Europa der souveränen Nationen“ und stimmte der These zu, dass möglichst viele gläubige Muslime Deutschland verlassen sollten. Seine Begründung: Der Islam als „Religion, Weltanschauung und Lebenshaltung“ sei „nicht kompatibel mit dem Christentum“. Er sagte bei einem gemeinsamen Auftritt mit Alice Weidel im Europawahlkampf 2019, er wolle Deutschland statt „Buntland“ (zit. nach Fiedler 2019). Im Jahr 2017 rückte Schwaebisch, der auf Social Media auch durch eine Affinität zu verschwörungsideologischen Inhalten aufgefallen ist (Frontal 21 2017), Geflüchtete in einen Zusammenhang mit angeblich steigenden Kriminalitätszahlen, insbesondere Vergewaltigungen und Morden (Chazan 2017).

Der Vereinsvorsitzende – Artur Abramovych

Ebenfalls auf kommunaler Ebene für die AfD aktiv, darüber hinaus jedoch auch Vorsitzender des Vereins *Juden in der AfD* ist Artur Abramovych, der im Januar 2022 über das Thema „Der neue Antisemitismus – Genese, Israelbezug und die Handlungsunwilligkeit des Staates“ referierte. Abramovych, dessen Buch „Entartete Espritjuden und heroische Zionisten“ im Jahr 2022 im Gerhard-Hess Verlag veröffentlicht wurde, schrieb schon für das *Cato-Magazin* sowie *Eigentümlich frei*. Im *Cato* zitierte er sowohl Karlheinz Weißmann als auch aus einem Beitrag von Karl-Eckhard Hahn, den dieser für den 1994 von Heimo Schwilk und Ulrich Schacht herausgegebenen Sammelband „Die selbstbewußte Nation“

verfasst hatte. Im Januar 2022 diskutierte er für ein Facebook-Format des AfD-Spitzenkandidaten für die EU-Parlamentswahl 2024, Maximilian Krahl, mit Erik Lehnert vom *Institut für Staatspolitik* und dem Bundestagsabgeordneten und DES-Kuratoriumsmitglied Harald Weyel.¹⁰

3.3 Bildungsarbeit durch Vertreter:innen der Neuen Rechten

Neben AfD-Funktionären besteht die zweite Gruppe der Vortragenden bei DES-Veranstaltungen aus Vertreter:innen der Neuen Rechten. Zwölf von ihnen sollen hier vorgestellt werden – darunter Heimo Schwilk, Michael Klonovsky, Stefan Schubert, David Engels und Martin Wagener. Wiederholt wurden auch neurechte Journalist:innen als Vortragende für die Stiftung tätig, darunter Jan Heitmann, Jan Mainka, Matthias Matussek, Cora Stephan, Karl-Peter Schwarz, Bettina Röhl und Burkhard Müller-Ullrich.

Treibende Kraft der Neuen Rechten – Heimo Schwilk

Am 17. Juni 2023 referierte *Heimo Schwilk* bei einer DES-Veranstaltung zum Thema „70 Jahre Volksaufstand in der DDR“. Schwilk ist Biograph Ernst Jüngers, der einer der Protagonisten der sogenannten Konservativen Revolution war. Schwilk zählte in den 1990er Jahren zu den Hauptvertretern der Neuen Rechten und ist bis heute eine für die Szene wichtige Referenzperson geblieben (Finkbeiner 2020: 32).

¹⁰ Vgl. ausführlicher zum Antisemitismus in der AfD und ihrer Positionen zu Israel die kritische und aufschlussreiche Analyse von Nikolai Schreiter (2022).

Das Erscheinen des von Heimo Schwilk und Ulrich Schacht im Jahr 1994 herausgegebenen Sammelbands „Die selbstbewusste Nation“ war das „Gründungsdokument“ (Junge 1998) einer im Entstehen begriffenen jungen neuen rechten Publizistik, die versuchte, das vopolitische Terrain für sich zu erobern. In den Beiträgen plädieren die Autoren, unter ihnen Karlheinz Weißmann, für die Wiedergewinnung der nationalen Identität ‚der Deutschen‘ sowie eine dafür notwendige, kulturelle Wiedergeburt der deutschen Nation (Weiß 2011a: 47; Finkbeiner 2020: 246). Der Veröffentlichung wird auch heute noch innerhalb der extremen Rechten eine große Bedeutung beigegeben. Die neurechte Publizistin Ellen Kositzka bezeichnete den Sammelband 2019 in der *Sezession* als „eine Art Urszene der Neuen Rechten“, die „bis heute als solche rezipiert“ werde (Kositzka 2019). Ihr Ehemann Götz Kubitschek beschrieb Heimo Schwilk 2021 als eine der damals treibenden Kräfte bei dem Versuch, die Neue Rechte für eine politische Wende zu sammeln. „Die selbstbewusste Nation“ sei eines der „wichtigsten und wirkmächtigsten Projekte“ der Neuen Rechten in Deutschland. Im Jahr 2022 druckte die *Sezession* Auszüge aus Schwilks im *Land/Manuscriptum Verlag* veröffentlichten Tagebuch ab.

Der Gauland-Referent – Michael Klonovsky

Bei der gleichen Veranstaltung wie Schwilk referierte der 2021 bei der Bundestagswahl für die AfD in Sachsen angetretene und zuletzt für den Bundestagsabgeordneten Matthias Moosdorf arbeitende Michael Klonovsky. Von 2016 an arbeitete Klonovsky zunächst als Berater für Frauke Petry, im Anschluss für die Landtagsfraktion der

AfD in Baden-Württemberg, gehörte zu der von der AfD aufgestellten Strategiegruppe für den Bundestagswahlkampf 2017 und war schließlich persönlicher Referent Alexander Gaulands. Klonovsky, der als Autor auch für *Eigentümlich frei* und den *Deutschland-Kurier* schrieb, ließ jedoch schon als Autor des ‚Focus‘ in den 1990er Jahren seine Sympathien für die Neue Rechte durchblicken (Junge et al. 1997: 102f.). Auf seinem Blog *Acta diurna* veröffentlichte er im Februar 2023 nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Stiftungsfinanzierung einen Beitrag, in dem er eine einige Jahre zurückliegende, von Erika Steinbach auf Social Media getätigte Äußerung zu Walter Lübcke relativierte, indem er Lübcke „politischen Extremismus“ unterstellte und Steinbach verteidigte.

Der Ex-Polizist – Stefan Schubert

Nicht zum ersten Mal für die Stiftung referierte am 16. Februar 2022 der frühere Polizist (Diehl 2010) und heutige Autor Stefan Schubert über das Thema „Sicherheitsrisiko Migration – Clans und Terrorismus“. Zu diesem Themenfeld wurde Schubert schon mehrfach in Youtube-Formaten der AfD oder auch im Magazin *Zuerst* befragt. In seinen im *Kopp*-Verlag veröffentlichten Büchern arbeitete er wiederholt mit rechten verschwörungstheoretischen Narrativen (Splieth 2019). Sein Buch „Vorsicht Diktatur – Wie im Schatten von Corona-Krise, Klimahysterie, EU und Hate Speech ein totalitärer Staat aufgebaut wird“ enthält laut einem Dossier der Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg einen Mix „aus extrem rechtem Gedankengut und apokalyptisch geprägten Verschwörungsmymen“ (Maegerle 2020). Nach

Veröffentlichung sprach Erika Steinbach auf Twitter eine Empfehlung aus und bezeichnete es als „lesenswert“. Steinbach empfahl auch ein weiteres Buch Schuberts mit dem Titel „Der Bürgerkrieg kommt“ und darüber hinaus seinen Telegram-Kanal. Über den Kanal *Schuberts Lage-meldungen* wird regelmäßig für das *Compact-Magazin*, aber auch für Alexander Dugins Buch „Das große Erwachen gegen den Great Reset“ geworben. Er selbst war auch schon als Autor für das *Compact-Magazin* tätig und wurde mehrfach von Jürgen Elsässer interviewt. Hier schrieb Schubert unter anderem von einer angeblich staatlich organisierten „Masseneinwanderung“ und einer damit verbundenen geheimen „Umsiedlung“. Das *Compact-Magazin* hatte Schubert, neben dem Identitären-Rapper Chris Ares und dem Verschwörungstheoretiker Oliver Janich, auch als Redner am Vorabend der Querdenken-Demonstration am 29. August 2020 in Berlin angekündigt (Freires 2020). Nach der von gewalttätigen Ausschreitungen begleiteten Demonstration warf Schubert in einem Bericht für den *Kopp-Report* dem damaligen Berliner Innensenator Andreas Geisel einen „totalitären Amoklauf“ vor.

Der Althistoriker – David Engels

Am 23. Februar 2022 referierte der auch schon als Autor für *Sezession* und *Cato* schreibende belgische Althistoriker David Engels zum Thema „Europas Seele – Die geistigen Wurzeln des Abendlandes“. Engels ist Präsident der *Oswald Spengler Society*, deren Schatzmeister der Ex-DES-Kuratoriums vorsitzende Max Otte ist. Für den Namensgeber der Gesellschaft, Oswald Spengler, war die parlamentarische Demokra-

tie Landesverrat. Spengler wünschte sich für Deutschland einen Cäsarismus nach dem Vorbild Mussolinis. Er gilt als einer der prägenden Vertreter der sogenannten Konservativen Revolution (Weiß 2011a: 15; Rensmann 2020).

In seinem im Jahr 2020 im *Renovamen-Verlag* erschienenen Buch „Leben mit dem Niedergang Europas“ entwirft Engels, der sich das Ende der gegenwärtigen, „handlungsunfähigen“, politischen Ordnung wünscht, ein dystopisches Szenario vom Untergang Europas und empfiehlt die Bildung von Gemeinden einer gleichgesinnten Avantgarde im Widerstand, um christliche Identität und Werte zu verteidigen. Der Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traughber konstatiert, dass Engels Aussagen „in einem Plädoyer gegen Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates“ münden und gar als Aufforderung zu Gewalt verstanden werden könnten. Engels plädiere dafür, langfristig „die bestehenden demokratischen politischen Strukturen“ zu überwinden (Pfahl-Traughber 2021a; vgl. zu David Engels auch Pfahl-Traughber 2022: 66 f.). Engels ist ein Beispiel für das Agieren der Neuen Rechten im wissenschaftlichen Bereich.

Hochschullehrer mit Hausverbot –

Martin Wagener

Ein weiteres findet sich in Berlin: Der am Zentrum für Nachrichtendienstliche Aus- und Fortbildung der Hochschule des Bundes für die öffentliche Verwaltung in Berlin lehrende Professor Martin Wagener referierte am 12. Dezember 2021 unter dem Titel „Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes in Fragen der nationalen Identität?“ bei

der DES. Nur wenige Monate zuvor war ihm vom Bundesnachrichtendienst Hausverbot erteilt und damit die für seine Arbeit notwendige Sicherheitsfreigabe eingeschränkt worden. Dieser Entscheidung vorausgegangen war eine Einschätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz, laut der Wagener sich in seinem Buch „Kulturkampf um das Volk – Der Verfassungsschutz und die nationale Identität der Deutschen“ an dem von der *Identitären Bewegung* bekannten, ethnopluralistisch, ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff orientiere (Heil/Pohl 2022). In Bezug auf ein anderes Buch Wagens mit dem Titel „Deutschlands unsichere Grenze – Plädoyer für einen neuen Schutzwall“, kam der Verfassungsrechtler Christoph Möllers wiederum in einem Gutachten für den Bundesnachrichtendienst zu dem Schluss, dass Wagener mit seinem Buch zwar nicht gegen die durch das Grundgesetz gezogenen Grenzen oder andere Pflichten zur Verfassungstreue verstieß. Er stellte jedoch fest, dass das Buch „mit der Unterstellung eines ethnischen Begriffs des deutschen Volkes eine mit den Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbare“ und auch vom Bundesverfassungsgericht gerügte Hypothese enthalte. Sollten die Stellen des Buches zum ethnischen Volksbegriff in der Lehre Verwendung finden, wäre auch ein Überschreiten der Grenzen der Wissenschafts- und Lehrfreiheit denkbar (Möllers 2018: 25). Wagener wurde auch von Professor:innen der Hochschule kritisiert, insbesondere für die im Buch aufgestellte These, die Bundesregierung betreibe ein Projekt der Ersetzung der „deutschen Kulturnation“ durch eine „multikulturelle Willensnation“ sowie für ein für das Buch geführtes Interview Wagens mit der österreichischen identitä-

ren Führungsfigur Martin Sellner. Sein Interview mit Sellner sei eine „Apologie der Identitären Bewegung“ (Pfahl-Traugher 2021b; 2021c; Manne-witz 2021). Wagener, der auch schon in der *Bibliothek des Konservatismus* referierte, vertritt seine Thesen seither nicht nur bei der DES, sondern auch in Interviews und Beiträgen in neurechten Medien wie der *Jungen Freiheit* oder dem Internet-radiosender *Kontrafunk*.

Der Ex-Chefredakteur – Jan Heitmann

Jan Heitmann, ehemaliger Chefredakteur der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, der schon für das *Compact-Magazin* schrieb und in der zweiten Ausgabe von *Faktum* den Bruch mit preußisch-deutschen Militärtraditionen und die Reduzierung der deutschen Geschichte „auf zwölf Jahre“ beklagte (Heitmann 2020), referierte am 4. Oktober 2022 unter dem Titel „Von Augstein zu Relotius – Anspruch und Wirklichkeit“.

Das Bindeglied – Jan Mainka

Jan Mainka, Herausgeber der deutschsprachigen *Budapester Zeitung* und nach Selbstauskunft begeisterter Leser des *Compact-Magazins*, referierte am 14. März 2023 über „Ungarn und Deutschland – ein kritischer Vergleich“. Mainka, der auch schon als Autor für die *Junge Freiheit* tätig war (Kovahl 2012: 24), wurde von Volker Weiß schon 2011 als Bindeglied zwischen „bürgerlichem und einschlägig rechtem Milieu“ bezeichnet (Weiß 2011b). Damals attackierte Mainka einen Journalisten, der in der ‚FAZ‘ die Einschränkung der Pressefreiheit in Ungarn kritisierte (Rühle 2011; Steinbeis 2011). Sein positives Bild über die Politik Viktor Orbans hat sich seitdem nicht geändert. So vertritt er die Ansicht, es gebe in Ungarn

weder eine Diskriminierung sexueller Minderheiten noch Einschränkungen der Pressefreiheit. In Deutschland hingegen hätten Menschen Angst um die Gesundheit ihrer Kinder „in ethnisch gekippten Schulen“. Deutsche Medien seien „wie gleichgeschaltet“ und würden genutzt, um andere „mundtot zu machen“ (zit. nach Kutz 2022). Ein von Mainka im Herbst 2022 geführtes Interview mit dem ungarischen Präsidenten wurde in Gänze unter anderem im *Compact-Magazin* und der *Jungen Freiheit* abgedruckt. Auch sein Interview mit Hans-Georg Maaßen wurde im *Compact-Magazin* veröffentlicht.

Der Ex-Mainstream-Journalist – Matthias Matussek

Wesentlich bekannter als Heitmann und Mainka dürfte der frühere Leiter des Kulturressorts des ‚Spiegel‘ und später für ‚Die Welt‘ tätige Matthias Matussek sein, der am 11. Februar 2022 unter dem Titel „Der Outcast und die Massen“ referierte. Spätestens ab 2015 begann Matussek gegen Geflüchtete zu polemisieren und zeigte Sympathien für die Demonstrationen der rassistischen Pegida-Bewegung (Fuchs/Middelhoff 2019: 76). Im Oktober 2015 rezensierte Matussek in der schweizerischen *Weltwoche* den im Antaios Verlag von Martin „Lichtmesz“ Semlitsch neu übersetzten Roman „Das Heerlager der Heiligen“. Das Buch, laut Matussek ein „Meisterwerk“, verbreitet das Narrativ, der „Westen“ müsse die „weiße Rasse“ notfalls mit Gewalt gegen Migrant:innen verteidigen (Wäckerling 2019: 369; Stutz 2015). Nachdem ‚Die Welt‘ bereits eine Veröffentlichung der Rezension abgelehnt hatte, trennte man sich schließlich im November 2015 aufgrund eines Facebook-Kommentars von

Matussek zu den Terroranschlägen in Paris. Im Jahr 2017 verteidigte er in einem Portrait über Martin Sellner den von der *Identitären Bewegung* vertretenen Ethnopluralismus (Wäckerling 2019: 370). 2019 feierte er seinen 65. Geburtstag mit Gästen wie Erika Steinbach, Dieter Stein und Mario Müller, der Führungsfigur der identitären Gruppierung *Kontrakultur Halle*. Letzteren bezeichnete Matussek als „identitären Freund“, mit dem er auch gemeinsam wandern gehe (zit. nach Dillmann 2019; Friedensdemo-Watch 2019). Matussek las beim *Staatspolitischen Salon* des *Instituts für Staatspolitik*, war einer der ersten Gäste des Formats „Aufgeblättert, Zugeschlagen – Mit Rechten lesen“ von Ellen Kositzka und dem damaligen DES-Kuratoriumsmitglied Susanne Dagen (Fetscher 2020) und war Autor in dem im *Ares-Verlag* erschienenen Sammelband „Rechtes Christentum?“. Bis heute ist Matussek unter anderem für *Cato*, *Eigentümlich frei*, *Tichys Einblick*, die *Achse des Guten* und den *Deutschland-Kurier* tätig. Er gehört zum Mitarbeiterstamm der Zeitschrift *Tumult*.

Die Kolumnistin – Cora Stephan

Im Jahr 1993 veröffentlichte Cora Stephan ein Buch, in dem sie eine „weltweite Schuld-Besessenheit“ beklagte (Stephan 1993), um einige Jahre später eine Kolumne mit dem Titel „Schuldstolz“ (Stephan 1999) folgen zu lassen. Der Titel und die darin enthaltene Stoßrichtung wurde in Heft 11 der *Wissenschaftlichen Reihe* des *Instituts für Staatspolitik* aufgegriffen, das sich unter dem Titel „Meine Ehre heißt Reue – Schuldstolz der Deutschen“ positiv beziehend auf diese Ausführungen mit dem Thema befasste. Am 16. Februar 2022 referierte Stephan bei der

DES zum Thema „Von der Bildung bis zur Bahn – Deutschland im Abstieg?!“. Die frühere Kolumnistin der ‚Wirtschaftswoche‘, die als Autorin auch für *Eigentümlich frei*, *Tichys Einblick* und die *Achse des Guten* tätig war, bewegt sich seit mehreren Jahren in der neurechten Szene (Speit 2021). Unter anderem trat sie dabei in der *Bibliothek des Konservatismus* auf. Über Stephan wird gesagt, sie befördere als „prominente Vordenkerin, nationalistische Rede- und Denktraditionen zurück in den öffentlichen Diskurs“ (Bahners 2023). In Veröffentlichungen Stephans, die unter anderem 2011 den Mut zu „vaterländischen Vokabeln“ forderte (Jakat 2011), sind in besonders plastischer Form die journalistischen Argumentationsmuster der Neuen Rechten zu lesen. Auch sind sie ein Beispiel dafür, „wie durch immer durchlässigere publizistische Grenzen zwischen sogenannten gutbürgerlichen Zeitungen und rechten Blogs reaktionäres und rassistisches Gedankengut beharrlich normalisiert“ (Janser 2016) wird.

Der Ex-Korrespondent – Karl-Peter Schwarz

Um das sich im vermeintlichen Abstieg befindliche Deutschland ging es auch, als am 16. April 2023 der ehemalige ‚FAZ‘-Korrespondent Karl-Peter Schwarz unter dem Titel „Wie Deutschland seine Zukunft verspielte“ referierte. Schwarz bemühte in seinen Texten schon die Gedanken Oswald Spenglers zum Untergang des Abendlandes (Schwarz 2022b). Wer aus Schwarz’ Perspektive die Schuld daran trägt, dürfte klar sein: So klagte er 2022 über „Kulturmarxisten“ und eine 68er-Generation, die immer neue Denk- und Sprechverbote erteilen und „Massenmigration“ als „natürliche Verbündete der globalen Eliten“

fördern würden (Schwarz 2022a). Die westliche Welt von Zentralbanken über Regierungen bis hin zu den Medien sieht Schwarz von „unangreifbaren Machtkartellen“ kontrolliert. Liberale Eliten verfolgten hingegen eine „hysterische Klimapolitik“, einen „Genderismus“ und den Plan, „Millionen Migranten aus Afrika und Asien nach Europa zu schleusen“ (Schwarz 2021). In der Analyse eines in der österreichischen Zeitung ‚Die Presse‘ erschienenen Textes von Schwarz, der auch schon für die *Junge Freiheit* und das *Cato-Magazin* als Autor tätig wurde, beschreibt Natascha Strobl 2018 detailreich, wie Schwarz extrem rechte Codes und Narrative verwendet (Strobl 2018). Im Jahr 2020 wollte dann auch ‚Die Presse‘ eine Kolumne nicht veröffentlichen, in der Schwarz nach dem Mord amerikanischer Polizeibeamter an George Floyd die Zahl von Polizist:innen getöteter Schwarzer Menschen mit der deutlich höheren Kriminalitätsrate in der Schwarzen Bevölkerung begründete. Auf Twitter verteidigte Schwarz den österreichischen Professor Lothar Höbelt gegen Antisemitismus- und Rassismuskorrekturen und vertrat die Ansicht, dass auch Götz Kubitschek an Universitäten sprechen dürfen sollte. Nach dem rassistischen Attentat von Hanau schrieb er, dass dieses politisch instrumentalisiert werde, um „konservative Kritik“ in Deutschland zu kriminalisieren.

Die AfD-Verbündete – Bettina Röhl

Am 7. November 2021 wie zuvor schon im Mai 2021 referierte die Journalistin Bettina Röhl unter dem Titel „Die 68er-Bewegung mit ihrer Speerspitze der RAF und ihre Auswirkungen bis heute“. Im Mai 2018 nahm Röhl, die schon in den frühen

Gründungsjahren Kontakte zur AfD hatte, unter anderem an der Seite von Cora Stephan an einer Diskussionsveranstaltung in der *Bibliothek des Konservatismus* zum Thema „Kulturbruch 68?“ teil. Im Oktober desselben Jahres stellte sie dort ihr Buch „Die RAF hat Euch lieb – Die Bundesrepublik im Rausch von 68“ vor. Röhl schrieb eine Kolumne für *Tichys Einblick* und trat zuletzt vermehrt in unterschiedlichen Formaten des neu-rechten Internetradiosenders *Kontrafunk* auf.

Gründer von „Alternativen Medien“ –

Burkhard Müller-Ullrich

In der „Eröffnungsansprache“ des Senders *Kontrafunk* im Juni 2022 hieß es, dieser verfolge das Ziel, dem „Verlautbarungsapparat der Regierungsender Paroli“ zu bieten. Unmittelbar im Anschluss wird kritisiert, dass die „Mainstream-Medien“ – in der Ansprache auch als „Altmedien und hochmögende Afterjournalisten“ bezeichnet – einseitig negativ über die AfD berichten würden, während der „sogenannten“ Corona-Pandemie „bodenlos falsche“ Berichterstattung verbreitet hätten und verschweigen würden, „dass die meisten Migranten uns keineswegs bereichern“. Zudem wird gegen die Abschaltung von Kernkraftwerken, den Euro und geschlechtergerechte Sprache gewettert. Wer hier zu einem Rundumschlag gegen die Medien ansetzte, war der Sendergründer und früher für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk tätige Burkhard Müller-Ullrich. Nach Auskunft Müller-Ullrichs startete der Sender mit einer Redaktion, die zu einem Drittel aus ehemaligen Mitarbeitenden des russischen Propagandasenders *Russia Today* besteht. Unmittelbar nach Sendestart empfahlen unter an-

derem Hans-Georg Maaßen, der islamfeindliche und extrem rechte Blog *Politically Incorrect* sowie Björn Höcke den Sender. Letzterer sah im Angebot eine „journalistisch hochwertige Alternative zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk“ (zit. nach Reisin 2022; Maegerle/Stutz 2022). Inzwischen zählen sowohl Erika Steinbach als auch Ulrich Vosgerau in verschiedenen Formaten des Senders zu den regelmäßigen Gästen. Auch Cora Stephan fand ihren Weg schon in die „Sonntagsrunden“. Martin Wagener veröffentlicht die Sendung „Realistisch gedacht – Das Alternative Auslandsjournal“, Matthias Matussek moderiert eine eigene Talkshow. Am 14. September 2022 referierte Burkhard Müller-Ullrich, der auch schon für *Eigentümlich frei* schrieb und für die *Achse des Guten* einen Podcast moderierte, bei der DES zum Thema „Wie frei sind unsere Medien tatsächlich?“.

Die vorangegangene, ausführliche Vorstellung der Referent:innen, ihrer biografischen Hintergründe und bisherigen Arbeit zeigt, dass die meisten von ihnen Verbindungen zu Institutionen sowie Publikationen der Neuen Rechten aufweisen, darunter zum *Compact-Magazin*, dem *Institut für Staatspolitik* und dessen Umfeld, zur *Jungen Freiheit* und *Eigentümlich frei* sowie zu den selbsternannten ‚Alternativmedien‘ wie *Tichys Einblick*, *Achse des Guten* und – relativ neu, aber bereits vielfältig in der DES vernetzt – *Kontrafunk*. Vor diesem Hintergrund können Erika Steinbachs Bemühungen, die Stiftung als konservativ dastehen zu lassen, als Versuche einer bloßen Selbstverharmlosung bezeichnet werden. Denn das Personal bestimmt auch die Themen, mit denen die DES sich vor allem befasst.

4 Themen der Bildungsarbeit

So wie die Funktionär:innen der DES in Verbindung mit ihrer teilweise tiefen Verankerung in extrem rechte Netzwerke betrachtet werden müssen, ist es notwendig, auch die bisherigen Vorträge bei der DES in ihrem politischen Kontext zu betrachten. Denn aus dem Titel einzelner Vorträge allein wird nicht in jedem Fall ersichtlich, welche Ziele die Stiftung mit der Auswahl der Referent:innen verfolgt.

Lässt man die Vielzahl der von Erika Steinbach gehaltenen Vorträge zum Thema der parteinahen Stiftungen außen vor, so lassen sich inhaltliche Schwerpunkte in den Bereichen Sprache, Gender, Medien, Klima, Demografie und Migration sowie Globalisierung und Nationalismus erkennen. Das bewegt sich inhaltlich dort, wo die Wissenschaft die zentralen Anknüpfungspunkte der Rechten für den von ihnen geführten Kulturkampf im 21. Jahrhundert verortet. Diese sind Nationale Souveränität (Globalisierung), völkische Substanz/Überfremdung (nationale, kulturelle Identität), „Geistige Besatzung“ (Meinungsfreiheit/Medien/Political Correctness), Geschlechter- und Familienpolitik (Gender Mainstreaming), Geschichtspolitik und Islamisierung (Häusler 2016: 179).

Alle Themen haben gemeinsam, dass sie – wenig überraschend – in das politische Konzept der AfD passen und mit den in den Bundes- und Lan-

desparlamenten gewählten Schwerpunkten harmonisieren. Insbesondere durch das Einladen von Referent:innen aus dem neurechten Spektrum lässt sich auch eine Verknüpfung mit den Themensetzungen der Neuen Rechten im vorpolitischen Raum feststellen. Die Übergänge sind hier ohnehin fließend (Semsrott/Jakubowski 2021). In jedem Fall handelt es sich um Themen, die in der extrem rechten Debattenwelt erprobt wurden und sich bewährt haben. Im Folgenden werden die Themenschwerpunkte der DES noch einmal aufgeschlüsselt (vgl. zum Hintergrund wiederum die Tabelle im Anhang, ab S. 50).

4.1 Identitäre Sprachpolitik

Themenübergreifend und über Funktionär:innen sowie Vortragende der Stiftung verteilt, finden sich in den Vorträgen Merkmale einer „identitären Sprachpolitik“. Diese wurde (nicht nur) von der extremen Rechten längst zu einem stilistischen Mittel im Kulturkampf gemacht und wird entsprechend auch von der AfD als zentrales Mittel ihrer „nationalidentitären Politikagenda“ (Lobin 2021: 10; 20) genutzt. Dervon der AfD über die Parlamente in den politischen und gesellschaftlichen Diskurs getragene „Sprachkampf“ (Lobin 2021) wird auch von der Stiftung sowie von ihren Akteur:innen fortgeführt. Einzelne Vortragsveranstaltungen wie „Die Vergewaltigung der deutschen Sprache“ widmen sich ori-

ginär dem Thema. An anderen Stellen wird der „Sprachkampf“ über Schlagwörter wie „Genderwahn“ oder das verschwörungstheoretische rechte Propagandabild einer kleinen Gruppe „links-grüner“ Ideologen, die dem deutschen Volk ihre Meinung aufzwingen wollen, weiter ausgetragen. Ideologische Unterstützung in diesem Kampf erfahren Partei und Stiftung dabei unter anderem vom *Verein für Deutsche Sprache*, dem eine ganze Reihe von Personen aus der neurechten Szene zugeordnet werden können. Unter seinen Mitgliedern befinden sich auch die DES-Referent:innen Matthias Matussek und Cora Stephan (Lobin 2021: 74).

4.2 Gender und Antifeminismus

In der identitären Sprachpolitik stechen Begriffe wie „Gender“ oder „Gender-Ideologie“ hervor: Kampfbegriffe der Neuen Rechten, mit denen nicht nur die Geschlechterforschung an Universitäten, sondern zugleich auch das gesamte Feld der Gleichstellungspolitik angegriffen wird. Über „Anti-Genderismus“ ergibt sich eine Brücke zu einem grundsätzlichen Angriff auf den Feminismus, der dafür verantwortlich gemacht wird, die traditionelle Familie und damit die Grundlagen der Gesellschaft insgesamt zerstört zu haben.¹¹ Dabei ist zu beachten, dass „Gender“ in rechten Diskursen als „symbolische[r] Kitt“ (Henninger 2020: 10) funktioniert, um gleich mehrere Ideologien der Ungleichwertigkeit wie

Rassismus, Homo- und Transfeindlichkeit, sowie Antisemitismus, völkisches Denken, Anti-Intellektualismus und Elitenfeindlichkeit miteinander zu verbinden. Die Gefahr liegt somit darin, dass über diesen Diskurs Ideologien der Ungleichwertigkeit in der Mitte der Gesellschaft insbesondere über emotional diskutierte Themen schnell bekannt und salonfähig gemacht werden. „Anti-Genderismus“ und damit verbunden Antifeminismus sind daher längst zu einer gezielten politischen Strategie geworden, um die Demokratie in ihrer Gesamtheit anzugreifen. Dabei kann sie auf gesellschaftlich weit verbreitete Einstellungsstrukturen zurückgreifen. Die Überhöhung des Feminismus als „totalem Gegner“ kann schnell zu Bedrohung und Gewalt gegen als Feind identifizierte Akteur:innen führen (ebd.: 20 ff.).

Götz Frömming referierte im Mai 2022 bei der DES über „Bildung oder Umerziehung?“. Darin ging es unter anderem um die angebliche Indoktrinierung von Kindern mit „Gender-Ideologie“ schon in Kindergärten. Referent:innen der DES verwenden Kampfbegriffe wie „Gender-Ideologie“ vielfach, etwa in der Ausgabe der DES-Zeitschrift *Faktum* zum Thema Meinungsfreiheit, oder vermuten wie Georg Pazderski gar „Genderkampagnen“. Auch Erika Steinbach bedient sich in ihrer Social Media-Arbeit seit Jahren dieser Sprache, etwa wenn sie auf Twitter den Sturz aller „Gender-Freunden, Multikulti-Aktivist:

11 Während „Anti-Genderismus“ den Fokus der Neuen Rechten auf den Begriff Gender beschreibt, betont „Antifeminismus“ die Kontinuitäten verschiedener antiemanzipatorischer Bewegungen im Bereich Geschlecht und Sexualität. Er wird u. a. auch genutzt, um nicht den rechten Kampfbegriff „Genderismus“ zu reproduzieren (vgl. Mayer/Goetz 2019: 210 ff.).

ten, Vaterlandsverächtern und Familienfeinden“ vorhersagt oder den Stopp von „Gender-Ideologie und Sexualisierung unserer Kinder“ fordert. Langjähriger Akteur in diesem Diskurs ist die Kampagnenorganisation *Zivile Koalition* des Ehepaars Beatrix und Sven von Storch, die eine wichtige Rolle bei der Organisation des „Marsch für das Leben“ und der „Demo für alle“ einnimmt und auch das Thema Abtreibung als antifeministisches Kernthema unter Feuer nimmt (Birsal 2020: 50). Ulrich Vosgerau hielt bei der Organisation Vorträge zum Abstammungsrecht. Mit dem „Anti-Genderismus“ als rechtsintellektueller Strategie verfolgt die Neue Rechte mehr als die Durchsetzung rückwärtsgewandter familienpolitischer Ideale: „Anti-Gender“-Kampagnen, die unter der Vorspiegelung des „Familien- und Lebensschutz“ organisiert werden, sollen über die rechte Szene hinaus der strategischen Vernetzung mit dem bürgerlichen Milieu dienen und gehören daher zum etablierten Instrumentarium der Neuen Rechten (Strube 2021: 52 f.). Entsprechend ist der „Anti-Genderismus“ für die extreme Rechte von strategischer Bedeutung. Er dient dazu, sich selbst als bürgerlich oder christlich darzustellen, indem man den Schutz traditioneller Werte, der Familie und der Kinder in den Mittelpunkt rückt. Zugleich sind antigenderistische Themen anschlussfähig an klassische Positionen der extremen Rechten wie völkischer Ideologie oder auch Antisemitismus¹² und lassen sich mit diesen verbinden. „Gender“ dient in diesem Zusammenhang als

Containerbegriff, um eine Vielzahl von Themen wie Geschlechtergerechtigkeit, sexuelle Orientierung bzw. sexuelle Identität, Fragen der sexuellen Bildung, der sexualisierten Gewalt und fachwissenschaftliche Themengebiete bis hin zur Abtreibungsfrage zu vermengen. Durch diese Verbindung von Themen entsteht eine Dynamik, die über das klassische rechte Milieu hinausreicht. Die von Rechten aufgestellte Behauptung einer weltweit vernetzten „Gender-Ideologie“ ist ein Verschwörungsmythos, mit dem ein gefährliches Feindbild konstruiert werden soll. Nicht selten wird diese Behauptung daher verknüpft mit dem Bild, die „Ideologen“ hinter dem „Genderismus“ seien Teil einer totalitären Herrschaft, einer „Neuen Weltordnung“, um hierüber Ängste vor Stalinismus und Kommunismus zu schüren oder den „Genderismus“ mit dem Nationalsozialismus gleichzusetzen. Die verschwörungstheoretisch-antisemitische Agitation wird dabei als Akt im Kampf um die angeblich bedrohte Meinungsfreiheit deklariert. Gerade in diesem Punkt fungiert der „Anti-Genderismus“ als erfolgreiches Mittel einer „maximalen Selbstverharmlosung“ der extremen Rechten (ebd.: 54). Die Inszenierung als Kämpfer:innen für Meinungsfreiheit trägt zur Verschleierung der verfolgten antidemokratischen Zielsetzungen bei und erleichtert zudem den Anschluss an verbreitete frauen- und transfeindliche Einstellungen in der Gesellschaft. Denn „Antigenderismus“ ist nicht nur der Name einer Strategie der Neuen Rechten, sondern zugleich der Begriff für eine Form

¹² Bezeichnungen von Abtreibungen unter Stichwörtern wie „Babycaust“ oder „Abtreibung macht frei“ verharmlosen den Holocaust.

Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die als Katalysator und Legitimierungsinstanz explizit rechtsextremer Einstellungen wie Rassismus, Antisemitismus und Sozialdarwinismus wirkt (ebd.: 55 ff.).

4.3 (Alternative) Medien

Regelmäßiger Bestandteil der „Anti-Gender“-Kampagnen ist auch eine heftige Kritik an der Darstellung von Gender-Themen in der medialen Öffentlichkeit. Mit Veranstaltungsthemen wie „Von Augstein bis Relotius – Anspruch und Wirklichkeit“, „Wie frei sind unsere Medien tatsächlich“ oder „Der Outcast und die Massen“ bringen die Referent:innen der DES nicht einfach nur eine skeptische Haltung gegenüber etablierten Medien zum Ausdruck, sondern transportieren eine generelle, für die extreme Rechte typische, Medienfeindlichkeit. Dabei ist der Kontext entscheidend: Neue Rechte und AfD haben sich eine eigene Medienlandschaft und Öffentlichkeit geschaffen, die eng miteinander vernetzt ist, in deren Mittelpunkt die AfD und ihre Funktionär:innen stehen und die im Wesentlichen rechter Inszenierung und Selbstverharmlosung ein breites Fundament geben. Innerhalb dieses Netzwerks befinden sich auch Plattformen wie *Achse des Guten* und *Tichys Einblick*, auf denen DES-Vortragende regelmäßig publizieren. Da sich beide Plattformen in ihrer Selbstdarstellung als konservativ beschreiben, funktionieren sie für die rechtsradikale Bewegung als Scharniere: Ihren Autor:innen bieten sie im Vergleich zu extrem rechten Szenepublikationen eine etwas unverfänglichere Bühne, zugleich eröffnen sie

für Leser:innen, die bisher weniger in Berührung mit rechten Themen gekommen sind, einfache Zugänge in neurechte Kommunikationsräume (Fernholz 2022: 139 f.).

Die neurechte Medienfeindlichkeit zielt darauf ab, die etablierten Medien zu diskreditieren und zu delegitimieren, ihnen pauschal niedere Motive zu unterstellen und sie zu „Feinden des Volkes“ zu erklären. Journalist:innen werden als „Kollaborateure“ oder „Marionetten“ und ihre Arbeit als Komplott zwischen öffentlich-rechtlichen Medien und der Politik dargestellt. So wird ein „Medienzynismus“ (Carr et al. 2014) etabliert, was einhergeht mit der Verbreitung von Verschwörungsnarrativen, die den öffentlichen Diskurs untergraben. Es geht darum, die gegenwärtige Medienordnung und die Strukturen der liberal-demokratischen Öffentlichkeit zu bekämpfen. Auch kommen sprachliche Kampfbegriffe wie „Lügenpresse“ oder „Systemmedien“ zum Einsatz. Die Vorwürfe, die quasi beliebig mit jedem gesellschaftlichen Thema kombiniert werden können, dienen zugleich als Brückennarrative, da unterschiedliche Themen wie Migrationspolitik, Corona-Krise oder Klimathemen miteinander verknüpft werden und sich handelnde Personen zu Kämpfer:innen gegen eine vermeintliche Meinungsdictatur stilisieren können (Schulz et al. 2021: 63 f.; 81).

4.4 Klima und Energie

Mit Schlagwörtern wie „Klimahysterie“ wird auch auf dem Gebiet der Klimapolitik sprachlich gekämpft (Reusswig et al. 2022: 188). Insbesondere

re die sogenannte „Energiewende“ haben die Neuen Rechten als Feindbild auserkoren, da diese ein Projekt politischer Eliten bzw. einer „links-grünen“ Minderheit sei, die gegen den Willen des Volkes handele. Solche rechten Verschwörungstheorien dominieren die Debatte, während der menschengemachte Klimawandel angezweifelt oder gleich ganz geleugnet wird (ebd.: 184 ff.). Seit Beginn des Ukraine-Kriegs kommt hinzu, dass die russlandfreundlichen Teile der AfD die Preissteigerungen im Zusammenhang mit der Energieversorgung für die Zwecke des „antiökologischen Kulturkampf[s]“ der Partei nutzen (ebd.: 193; Kunze 2022: 417). Konsequenz ist daher, dass sich auch die DES mit den Themen Klimaschutz und Energiewende beschäftigt und diese kulturkämpferisch rahmt. Exemplarisch steht hierfür der Titel des Vortrags von Ulrich van Suntum aus dem Februar 2023: „Kulturkampf um das Autofahren“. Immer wieder wird in Vorträgen der Stiftung die Frage gestellt, ob die Energieversorgung in Deutschland sicher sei. Auch vom aktuellen Tagesgeschehen des Krieges in der Ukraine beeinflusst, referierte der AfD-Kommunalpolitiker Dr. Thomas Fink etwa am 24. Mai 2022 zur Frage „Ist unsere Gasversorgung sicher?“. Weitere Vorträge widmeten sich den „Auswirkungen auf unsere Wirtschaft“ durch die „Rohstoff- und Energiekrise“, gleich zwei Vorträge gab es zum Thema „Sichere Energie für Deutschland – Versäumnisse und Erfordernisse“. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das von der extremen Rechten und verschwörungstheoretischen Kreisen seit einigen Jahren verwendete Narrativ eines angeblich unmittelbar

bevorstehenden „Blackouts“, welches mit dem Ukraine-Krieg noch einmal eine neue Dynamik bekommen hat (siehe dazu auch die kleinen Anfragen und schriftlichen Fragen der AfD im Bundestag: Deutscher Bundestag 2021, 2022c, 2022d, 2022e, 2022g, 2022i, 2022j). Beispielhaft für diese Art der Erzählung ist ein im Jahr 2021 auf *Tichys Einblick* veröffentlichter Text der DES-Referentin Cora Stephan, in welchem das reale, aber zugleich geringe Risiko eines Stromausfalls an „dystopische Konsequenzen“ geknüpft wird, für die wiederum die aktuelle Politik verantwortlich sei (Häfner/Haas 2022: 203). Im gleichen Jahr referierte am 21. Juni Marc März, der frühere rechte Studienaktivist und persönliche Referent des rechten Hamburger Innensenators Ronald Schill (taz 2002), zum Thema „Netzaufbau und Blackoutrisiko“. Häufig wird das Thema „Blackout“ dabei mit einer „Feindmarkierung“ der Partei Bündnis90/Grüne verbunden (Häfner/Haas 2022: 212). Dass diese Rahmung inzwischen auch von Teilen der CDU übernommen wird, zeigt, wie die Besetzung klimapolitischer Themen eine wichtige Brückenfunktion für die extreme Rechte hinein in Diskurse bürgerlich-konservativer Kreise übernimmt.

4.5 Demografie und Migration

Ein weiterer zentraler Themenkomplex der Neuen Rechten und damit auch der DES ist die Demografie. Wenn die DES Vorträge zum Thema „Demographie und Gesellschaft“ anbietet oder Seminare zum Thema „Wege aus der demografischen Katastrophe“ veranstaltet, dann ist die Themensetzung zunächst einmal politisch

unverdächtig und damit auch anschlussfähig in allen politischen Lagern. Doch nicht nur für den Nationalsozialismus war die Bevölkerungspolitik ein zentraler ideologischer Baustein für das Ziel einer völkischen Neuordnung, auch die Neue Rechte stellt insbesondere seit 2015 wieder vermehrt demografische Themen und „Krisen Diskurse“ ins Zentrum der eigenen Agenda. Nicht zuletzt deshalb, weil sie sich perfekt dafür eignen, mit weiteren Lieblingsthemen der extremen Rechten, insbesondere Migration und völkischer Geburtenpolitik, verknüpft zu werden. Gerade das Narrativ eines demografischen Wandels wird für die Modernisierung alter rassistischer Diskurse genutzt, worüber wiederum auch die Mitte der Gesellschaft erreicht werden soll (Goetz et al. 2022; Höft et al. 2022). Das führt dazu, dass sinkende Geburtenraten und eine alternde Bevölkerung mit dem Narrativ einer angeblichen „Invasion von Geflüchteten“ oder einer „Welle“ von Migrant:innen, die nach Europa kommen würden, zu einem „Angstnarrativ“ des Aussterbens der „autochthonen Bevölkerung“ Europas bzw. Deutschlands verdichtet werden. Eng verbunden mit derartigen Migrationsdiskursen sind Sicherheitsdiskurse, wie etwa die DES-Vorträge zur „Clan-Kriminalität“ und dem „Sicherheitsrisiko Migration – Clans und Terrorismus“ zeigen. Im Zusammenhang mit Demografie-Fragen taucht dann auch immer wieder das verschwörungs-ideologische, rassistische und antisemitische Narrativ des „Großen Austauschs“, der „Umvolkung“ auf, der von diffusen „Eliten“ geplant sei, um die europäische Bevölkerung zu ersetzen. Angedeutet wird dies auch im Titel des Vortrags „Migration als Waffe?“.

Auch eine mit Migration angeblich einhergehende „Islamisierung“ wird in rechten Demografie- und Migrationsdiskursen immer wieder thematisiert. Der angeblich von außen gesteuerte „Zeretzungsprozess des Volks“ durch „Überfremdung“ wird dabei zugleich mit der Vorstellung verbunden, dass dieser Prozess von innen durch zu wenige Geburten unterstützt werde (Goetz 2020: 45). Dies geht einher mit dem kulturpessimistischen Narrativ des angeblichen Niedergang Europas sowie ‚der Deutschen‘ als Nation und Volk. So findet sich allein aus den Reihen von AfD-Funktionär:innen eine kaum überschaubare Zahl von Aufsätzen, Essays und Romanen, die angebliche Dekadenzsymptome und -ursachen des freien liberalen Westens beschreiben und dessen Untergang vorhersagen (Weiß 2016).

Der Themenkomplex des demografischen Wandels ist somit eng verknüpft mit Untergangs- und Dekadenzerzählungen vom „Kulturverfall“, wie sie bei der DES etwa in Form der Vorträge zu „Bildung oder Umerziehung?“, „Bildungsnation Deutschland im freien Fall – Irrwege und Auswege“ sowie „Von der Bildung bis zur Bahn – Deutschland im Abstieg?!“ auftauchen.

Wenn Erika Steinbach auf dem AfD-Parteitag 2018 verkündete, mit der DES werde „ein weiterer Ort für die ‚Kulturrevolution von rechts‘ geschaffen, der in ‚gesellschaftliche Tiefe und Breite hineinwirken‘ soll“ (zit. nach Ruhose 2019: 33), dann muss diese Aussage im Kontext der Gewalt betrachtet werden, mit der dieser ausgerufenen Kulturkampf verbunden ist. So bezogen sich in der Vergangenheit unterschiedliche

extrem rechte Attentäter bei ihren rassistischen Morden auf Verschwörungsnarrative wie den „Großen Austausch“, etwa in Hanau, Halle und El Paso (Goetz 2020: 46). Auch zeigt sich die Gewalt in der politischen Programmatik, die von der extremen Rechten als vermeintliche Lösung präsentiert wird. So wird in der Regel eine Mischung aus rassistischer, diskriminierender Politik gegen die „nicht-autochthone Bevölkerung“ – beispielsweise eine Vertreibung, die verharmlosend unter dem Stichwort „Re-Migration“ angedeutet wird – und antifeministischen Vorschlägen wie eine „reproduktionsbestärkende Familienpolitik“ präsentiert (Goetz et al. 2022).

4.6 Globalisierung und Nationale Souveränität

Eng verknüpft mit dem Topos der Migration ist die Frage einer „Nationalen Souveränität“, die von der Globalisierung bedroht erscheint. Diesem Thema kommt im Spannungsfeld von nationalistischen und kulturalisierenden Identitätssetzungen und Feindbildbestimmungen eine wichtige Bedeutung für rechte Parteien und Bewegungen zu (Häusler 2016: 170).

In der völkisch-antisemitischen Globalisierungskritik der extremen Rechten finden sich Anleihen an die antisemitische „Kapitalismus-Kritik“ der NSDAP. Synonyme wie „Ostküste“, „One-World-Mafia“ oder „Hochfinanz“ dienen dabei als Begriffe für eine herbeihalluzinierte „jüdische Weltverschwörung“, mit der Völker kulturell gleichgeschaltet, politisch entmündigt, wirtschaftlich ausgebeutet und ethnisch zerstört werden sol-

len (Häusler 2016: 153f.). Die Globalisierung, die angeblich alles vermischt, wird als Feindbild aufgebaut, gegen die die deutsche Kultur verteidigt werden müsse (Weiß 2016: 460). Es wird das Bild einer angeblich existierenden globalen Elite gezeichnet, die nicht nur in der Politik und in Wirtschaftskonzernen, sondern auch in NGOs und allen anderen international ausgerichteten Organisationen sitzt. Wiederum geht es insbesondere um den Entwurf ethnisch-kulturell aufgeladener Bedrohungsszenarien, in denen die deutsche Nation bzw. das deutsche Volk durch Einwanderung im Zusammenhang mit Globalisierungsprozessen bedroht sei, für die insbesondere Jüdinnen und Juden, aber auch Kulturschaffende und Journalisten verantwortlich gemacht werden (Oppenhäuser 2020: 312).

In diesem Themenbereich bewegen sich die Vorträge und Seminare mit den Titeln „Grenzen der Globalisierung – Von Friedrich List zur Welthandelsorganisation“, „Aktuelle Aspekte deutscher Sicherheitspolitik“, „Schlafwandler auf Safari. Europas Interventionen in Afrika“, „Ist die soziale Marktwirtschaft ein überholtes Modell?“ und „Die Rolle des Staates in der Wirtschaft“.

Analysiert man die Schwerpunkte der DES-Bildungsarbeit, zeigt sich zusammenfassend: Die Themen der Neuen Rechten sind auch die Themen der DES. Mit einem umfangreichen ‚Bildungsprogramm‘ thematisieren die Vortragenden der DES, die in der Regel entweder AfD-Funktionäre sind oder aus dem Netzwerk der Neuen Rechten stammen, fast alle zentralen Topoi der Neuen Rechte – neben nationaler Souveränität

und Migration auch Geschlechter- und Familienpolitik, nationale Identität und der Kampf um Medienöffentlichkeiten.

Exkurs: Die Hochschule als Ort der Auseinandersetzung

Für eine parteinahe Stiftung wie die DES, die sich den Anschein einer seriösen Institution geben möchte, sind Hochschulen besonders attraktive Orte – sowohl zur Nachwuchsgewinnung als auch zur Legitimierung neurechter Diskurse. Zugleich kommt eine Vielzahl der DES-Funktionär:innen und Referent:innen aus dem akademischen Kontext, darunter Lothar Höbelt, Karl Albrecht Schachtschneider, Hans Neuhoff, Ulrich Vosgerau, Henning Zoz, Ulrich van Suntum, Martin Wagener, David Engels, Harald Weyel und Marc Jongen.

Und so drängt die Neue Rechte bereits seit einiger Zeit verstärkt an die deutschen Hochschulen, um auch dort den von ihr ausgerufenen Kulturkampf zu führen. Es wird versucht, den wissenschaftlichen Betrieb zu vereinnahmen und hierüber den eigenen Positionen eine Art wissenschaftliche Geltung zu verschaffen. Darüber hinaus sind Universitäten von den extremen Rechten zum Austragungsort überregional geführter Kämpfe um Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit gemacht worden, wobei insbesondere die Gender-Studies zum Angriffsziel werden (vgl. Hark/Villa 2015). In diesen gezielten Aktionen geht es offensichtlich niemals um den universitären, gar wissenschaftlichen Austausch von Argumenten, sondern einzig um die Erlangung von Deutungshoheit und der Aus-

grenzung unliebsamer Positionen (AG Siegen Denken 2019: 12 ff.).

Indem die Neue Rechte die pluralistische und vom Grundverständnis her tolerante Universität angreift, handelt sie selbst wissenschaftsfeindlich (ebd.: 16). Unter Verwendung der rechten Kampfbegriffe „Cancel Culture“, „Political Correctness“ oder generell der Bezeichnung von Hochschulen als „links-grün versifftete Orte“ wird versucht, die öffentliche Debatte von rechts zu bestimmen. Stoßen solche Aussagen im universitären Kontext, bei Studierenden, Mitarbeitenden oder Professor:innen auf Widerspruch, führt dies häufig zu der Behauptung, an deutschen Hochschulen existiere keine Wissenschafts- und Meinungsfreiheit mehr bzw. sei diese von einer „links-woken“ oder „Nachwuchs-68er Generation“ bedroht. Eine Folge dieser rechten Agitation ist beispielsweise die Gründung des teilweise rechtspopulistisch agierenden *Netzwerk Wissenschaftsfreiheit*. Manche Mitglieder des Netzwerks verfügen selbst über Bezüge in die neurechte Szene, als Mitglieder werden u. a. die mit der DES verbundenen Prof. Dr. David Engels, Dr. Ulrich Vosgerau und Prof. Dr. Martin Wagener geführt.

Neben öffentlichkeitswirksam platzierten und in der Folge lautstark geführten Debatten rund um einzelne Veranstaltungen wie zum Beispiel an der Universität Siegen im Wintersemester 2018/2019 (ebd.) oder zuletzt an der Goethe-Universität Frankfurt (Goethe-Universität Frankfurt 2023), gibt es eine ganze Reihe von alltäglichen Problemen im Umgang mit rechten Akteur:innen

und Aktivitäten an Hochschulen. Die Reaktion der universitären Gemeinschaft wird dadurch erschwert, dass Rechte in Vorlesungen, Seminaren und sonstigen Veranstaltungen universitär eingeübten Mechanismen folgen, sodass sowohl sie selbst als auch ihre Positionen nicht immer gleich sofort identifizierbar sind. Im Ergebnis sind Hochschulen bisher noch unzureichend auf diese Art rechter Angriffe vorbereitet.

Das hat in der Praxis schwerwiegende Folgen. In ersten Ergebnissen einer Studie, die anhand von Interviews die Auswirkungen rechter Raumnahme an Hochschulen untersucht, berichten Betroffene von Rassismus, Misogynie sowie antidemokratischen und verschwörungstheoretischen Positionierungen unterschiedlichster Akteur:innen im Hochschulkontext. Diese Erfahrungen führten unter anderem dazu, dass von Diskriminierung Betroffene nicht mehr an Seminaren teilnahmen. Vertreter:innen aus dem Bereich der Mitarbeitenden und/oder Professor:innenschaft stehen zudem vor der Herausforderung, wie man mit rechten Kolleg:innen umgehen sollte (Haker/Otterspeer 2023: 108 f.). Eine besondere Herausforderung ist dabei eine gezielte Täter-Opfer-Umkehr der rechten Akteur:innen. So wird als Antwort auf Kritik an rechten und extrem rechten Positionierungen immer wieder die Wissenschafts- und Meinungsfreiheit ins Feld geführt, um sich selbst als Opfer von Zensur zu inszenieren. Den Betroffenen rechter Diskriminierung an Hochschulen wird letzten Endes selbst vorgeworfen,

wissenschaftsfeindlich und antidemokratisch zu agieren (ebd.: 109).

Die Gefahr der rechten Raumnahme an den Universitäten liegt nicht zuletzt darin, dass hier ganze Wissenschaftszweige und Forschungsfelder diskreditiert und angegriffen werden sowie zugleich unter dem Deckmantel der Wissenschaftsfreiheit (mindestens) tendenziöse Deutungen zu gesellschaftlich hoch relevanten Themen, wie beispielsweise der Migration oder dem Klimawandel, vorgenommen werden (AG Siegen Denken: 17).

Dabei haben die Auseinandersetzungen der letzten Jahre deutlich gemacht, dass Hochschulen und ihre Strukturen bisher nur unzureichend auf diese Art der rechten Raumnahme vorbereitet sind und noch nicht über die richtigen Mittel verfügen, um der extrem rechten Inanspruchnahme von Wissenschaftlichkeit und Wissenschaftsfreiheit entgegenzutreten. Eingeübte Routinen der wissenschaftlichen Auseinandersetzung greifen hier offensichtlich nicht mehr. Hochschulen sind dementsprechend unter Druck, sich mit ihrem Verständnis von Wissenschaftsfreiheit und ihren ethisch-moralischen sowie juristischen Grenzen auseinanderzusetzen (Haker/Otterspeer 2023: 110 f.) – insbesondere angesichts des Szenarios, dass die DES mithilfe von staatlicher Förderung im universitären Kontext die Möglichkeit erhält, rechte Studierende und Netzwerke wie Burschenschaften mithilfe von Stipendien und Förderungen deutlich zu stärken und universitären Raum einzufordern.

5 Bewertung und Handlungsoptionen

Sowohl durch die Vorstellung des Personals der DES und der Referent:innen, die auf den Veranstaltungen der Stiftung sprechen als auch durch die Einordnung der Themensetzung der DES-Bildungsarbeit ist deutlich geworden: Nicht nur haben die DES-Funktionäre ein enges Netzwerk in die Neue Rechte. Sie sind vielmehr zu großen Teilen bereits seit Jahrzehnten zentrale Akteur:innen und Netzwerker:innen. Auch wenn ihre Akteur:innen es (derzeit) noch verschleiern wollen, macht nicht nur die hier vorgelegte Studie deutlich, wie sehr die DES zur Radikalisierung der Gesellschaft beiträgt. Die Stiftung bietet radikalen rechten Positionen nicht nur eine Bühne, ihre Ausrichtung und ihr Personal ist extrem rechts.

Eine intensive Auseinandersetzung mit den handelnden Personen der DES und ihrem Programm ist die Grundlage dafür, der Stiftung die Finanzierung durch staatliche Mittel zu verwehren. Die einzige tragfähige Lösung dafür ist, im Bundestag noch im Jahr 2023 ein Stiftungsfinanzierungsgesetz zu verabschieden, dem das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil zur Finanzierung parteinaher Stiftungen den Boden bereitet hat. Dabei hat es betont, dass eine Regelung zum „Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ (fdGO) möglich ist.

Es besteht kein Zweifel, dass eine Förderung der DES – die bei einem fehlenden Stiftungsfinanzie-

rungsgesetz vermutlich zwangsläufig kommt – verfassungsfeindliche Positionen weiter stärken würde, die die fdGO bedrohen. Wie auch die AfD hat sich die DES in den vergangenen Jahren weiter radikalisiert, wodurch ihre Positionierung im Lager der Neuen Rechten gefestigt wurde. Ein Ausschluss der DES aus einer staatlichen Finanzierung ist damit auch anhand ihrer konkreten Arbeit verfassungsrechtlich geboten.

Wie kann dies aber konkret aussehen? Eine Förderung parteinaher Stiftungen neben formaler Kriterien ausschließlich am Begriff der Förderung der fdGO auszurichten, ist nicht zu empfehlen. Der Begriff hat sich zwar durch das NPD-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2017 etwas von seinen antikommunistischen Wurzeln gelöst. Das Gericht betonte im Urteil einen Dreiklang aus Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat, den es für einen freiheitlichen demokratischen Verfassungsstaat für „unverzichtbar“ hält (Schulz 2023). In der Praxis jedoch wird die Definition, wer die fdGO vertritt, weiterhin von den Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern geprägt. Die wiederum sind traditionell misstrauisch gegenüber linken Bewegungen, was darauf schließen lässt, dass ein alleiniger Bezug auf die fdGO in einem Stiftungsfinanzierungsgesetz zu Nachteilen bei der Förderung der Rosa-Luxemburg-Stiftung führen könnte, die eine auch von den anderen demo-

kratischen parteinahen Stiftungen anerkannte Arbeit leistet.¹³

Dass eine Bezugnahme auf die fdGO nicht ausreicht, zeigt auch eine Wortmeldung aus dem Bundesinnenministerium. So sagte die Parlamentarische Staatssekretärin Rita Schwarze-Lühr-Sutter auf eine Frage des CDU-Abgeordneten Michael Brand in Bezug auf die DES am 23. Februar 2022, dass „ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung [...] immanenter Bestandteil der Förderfähigkeit auf zuwendungsrechtlicher Ebene“ sei. Eine Förderung „gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit durch einen Bildungsträger, der eine dauerhaft relevante politische Grundströmung“ repräsentiere sei nur möglich, wenn die Förderung sich „im Rahmen der Verfassung und der auf dieser basierenden freiheitlich demokratischen Grundordnung“ hielte. Erkenntnisse zu verfassungsfeindlichen Bestrebungen oder Aktivitäten einzelner politischer Stiftungen würden jedoch derzeit nicht vorliegen (Deutscher Bundestag 2022k: 29).

Das entscheidende Kriterium für die Förderung bzw. Nicht-Förderung von parteinahen Stiftungen sollten stattdessen die Grund- und Menschenrechte sein. Sie sind die zentrale Voraussetzung für demokratische politische Bildung

und konstitutiver Bestandteil der freiheitlichen rechtsstaatlichen Demokratie (vgl. Cremer 2022). Da die DES anhand ihrer Bildungsarbeit keine Förderung der Grund- und Menschenrechte nachweisen kann, sollte das Bundesverfassungsgericht im noch offenen Verfahren zur Stiftungsfinanzierung im Jahr 2022 anerkennen, dass der DES eine Förderung versagt bleiben muss.

Wichtig dabei ist aber, an eine Förderung parteinaher Stiftungen nicht dieselben engen Kriterien anzulegen, wie an die Finanzierung von Parteien. Während seit Juli 2020 nach Art. 21 Abs. 3 GG möglich ist, eine verfassungsfeindliche Partei von der staatlichen Parteienfinanzierung auszuschließen (vgl. Geerlings 2023: 112), sollte ein Ausschluss von der Stiftungsfinanzierung auch schon dann möglich sein, wenn Personal und Programm parteinaher Stiftungen die Werte der Verfassung und Menschenrechte nicht nachgewiesen fördern. Wie auch bei der Förderung anderer Akteur:innen in der politischen Bildungsarbeit muss der Staat erwarten können, dass seine aktive Förderung dem Gemeinwohl dienlich ist. Während ein Finanzierungsausschluss bei Parteien Negativkriterien folgt (also etwa der Ausrichtung auf die Abschaffung der verfassungsmäßigen Ordnung), sollte eine Finanzierung von parteinahen Stiftungen umgekehrt

¹³ Schon die Diskussionen um die Befugnis der Geheimdienste, über die Gemeinnützigkeit von Organisationen de facto mitzuentcheiden, zeigen die Problematik dieses Ansatzes auf (Filter 2020). Zudem birgt eine Überprüfung durch den Verfassungsschutz die Gefahr, dass Akteur:innen der politischen Bildung zu Konformität erzogen werden (vgl. Rhein 2019).

Positivkriterien folgen (also der Ausrichtung auf der Förderung des Gemeinwohls).

Um dies nachprüfen zu können, müssten Fördergeber:innen sich allerdings intensiv auch mit Personal und Inhalten der parteinahen Stiftungen beschäftigen statt nur mit der Prüfung formaler Kriterien. Dies sollte durch einen unabhängigen wissenschaftlichen Beirat und wissenschaftliche Gutachten sichergestellt werden. Insbesondere Geheimdienste sind nicht geeignet, im Bereich der politischen Bildung über Förderentscheidungen zu urteilen und diese mit zu treffen, da sie sich regelmäßig nicht an pluralen wissenschaftlichen, sondern politischen Kriterien orientieren (vgl. dazu die Einflussnahme des BMI auf die bpb: Aĝar 2021). Dagegen haben die Landeszentralen für politische Bildung als Fördermittelgeber teilweise bereits Erfahrung in derartigem Umgang mit parteinahen Stiftungen, die Bundeszentrale für politische Bildung verfügt darüber hinaus über umfangreiche Erfahrungen in der Prüfung von politischer Bildungsarbeit verschiedener Trägerorganisationen. Es wäre sinnvoll, diese Institution genauso wie zivilgesellschaftliche Akteur:innen der Bildungsarbeit bei der Prüfung der Arbeit von parteinahen Stiftungen einzubeziehen

und diese unabhängig und an wissenschaftlichen Kriterien orientiert zu gestalten.

Vor allem sind aber auch die demokratischen parteinahen Stiftungen gefragt, ihre Arbeit transparenter zu gestalten, weitere Kriterien für die demokratische politische Bildungsarbeit zu entwickeln, zu kommunizieren und sich dafür einzusetzen, dass die Kriterien aus der „Gemeinsame Erklärung zur staatlichen Finanzierung der Politischen Stiftungen“ nicht nur Selbstverpflichtung sind, sondern zu einer Verpflichtung durch den Gesetzgeber werden.

Die DES ist zentraler Akteur in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext in dem immer mehr Tabus verschoben werden, rechte Gewalt weiter zunimmt und eine radikalisierte AfD in Umfragen so gut dasteht wie nie zuvor. Entsprechend bedarf es politischer (Bildungs-)Arbeit in allen Bereichen, um ein weiteres Erstarken und eine Förderung der DES zu verhindern. Doch ebenso wichtig ist es, auf gesetzgeberischer Ebene schnell und überzeugend alle Mittel auszuschöpfen und mit einem Stiftungsfinanzierungsgesetz die bestmöglichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die DES keine staatlichen Mittel erhält.

Literaturverzeichnis

- AfD/Alternative für Deutschland (2022): Antragsbuch zum Bundesparteitag der AfD in Riesa 17. bis 19. Juni 2022.
- Ağar, Volkan (2021): Unabhängigkeit bedroht, in: *taz*, 02.03.2021. Online unter: <https://taz.de/Bundeszentrale-fuer-politische-Bildung/!5750736/> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).
- AG Siegen Denken (2019): Neue Rechte und Universität, Navigationen, in: *Zeitschrift für Medien- und Kulturwissenschaft*, 2, S. 11–23.
- Arndt, Susan (2004): Kolonialismus, Rassismus und Sprache. Kritische Betrachtungen der deutschen Afrika-terminologie. Online unter: <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/afrikanische-diaspora/59407/kolonialismus-rassismus-und-sprache/> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).
- Bahners, Patrick (2023): Die Wiederkehr. Die AfD und der neue deutsche Nationalismus. Stuttgart: Klett Cotta.
- Berlekamp, Hinnerk/Opielka, Jan (2018): Nirgends eine Bewegung – überall Ideologie, in: Speit, Andreas (Hg.), *Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten*, Berlin: Ch. Links Verlag, S. 226–241.
- Birsl, Ursula (2020): Paradoxien und Aporien des Antifeminismus. Eine demokratietheoretische Einordnung, in: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hg.), *Antifeminismen. ‚Krisen‘-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential?*, Bielefeld: transcript, S. 43–58.
- Boberg, Svenja/Quandt, Thorsten/Schatto-Eckrodt, Tim/Frischlich, Lena (2020): Pandemic Populism: Facebook Pages of Alternative News Media and the Corona Crisis, *Münster Online Research Working Paper*, 1/2020. Online unter: <https://doi.org/10.48550/arXiv.2004.02566> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).
- BVerfG/Bundesverfassungsgericht (2023): Finanzierung Desiderius-Erasmus-Stiftung, 2 BvE 3/19. 22. Februar 2023. Online unter: https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2023/02/es20230222_2bve000319.html (zuletzt abgerufen 14.08.2023).
- Campact (2023): Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung, Organisation und Finanzierung parteinaher Stiftungen. Prof. Dr. Markus Ogorek, Universität Köln. Online unter: https://www.campact.de/wp-content/uploads/2023/01/Campact_Stiftungsgesetz.pdf (zuletzt abgerufen 14.08.2023).
- Carr, D. Jasun/Barnidge, Matthew/Lee, Byung Gu/Tsang, Stephanie Jean (2014): Cynics and skeptics: Evaluating the credibility of mainstream and citizen journalism, in: *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 91(3), S. 452–470.
- Chazan, Guy (2017): German elections: how the right returned, in: *Financial Times*, 07.09.2017. Online unter: <https://www.ft.com/content/456815bc-9291-11e7-a9e6-11d2f0ebb7f0> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).
- Cremer, Hendrik (2022): Staatliche Gelder für rassistische und rechtsextreme Bildungsarbeit? Rechtsgutachten zur Frage der staatlichen Förderung der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte. Online unter: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Amicus_curiae/Amicus_Curiae_Rechtsgutachten_DES_Mai_2022_bf.pdf (zuletzt abgerufen 14.08.2023).
- Deutscher Bundestag (2021): Schriftliche Frage 3, Drucksache 20/290, 17.12.2021. Online unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/002/2000290.pdf> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).
- Deutscher Bundestag (2022a): Bericht des Haushaltsausschusses, Drucksache 20/1628, 27.05.2022. Online unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/016/2001628.pdf> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Deutscher Bundestag (2022b): Änderungsantrag. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022, Drucksache 20/2049, 30.05.2022. Online unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/020/2002049.pdf> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Deutscher Bundestag (2022c): Schriftliche Frage 29, Drucksache 20/4141, 21.10.2022. Online unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/041/2004141.pdf> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Deutscher Bundestag (2022d): Schriftliche Frage 4, Drucksache 20/4277, 04.11.2022. Online unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/042/2004277.pdf> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Deutscher Bundestag (2022e): Kleine Anfrage, Handlungsempfehlungen für Verfassungsorgane im Falle eines Blackouts, Drucksache 20/4387, 10.11.2022. Online unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/043/2004387.pdf> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Deutscher Bundestag (2022f): Antwort der Bundesregierung, Staatliche Förderung parteinaher Stiftungen, Drucksache 20/4218, 31.10.2022. Online unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/042/2004218.pdf> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Deutscher Bundestag (2022g): Schriftliche Frage 62, Drucksache 20/4434, 11.11.2022. Online unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/044/2004434.pdf> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Deutscher Bundestag (2022h): Änderungsantrag, Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltjahr 2023, Drucksache 20/4549, 22.11.2022. Online unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/045/2004549.pdf> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Deutscher Bundestag (2022i): Kleine Anfrage, Staatliche Krisenkommunikation mit der Bevölkerung bei großflächigen Stromausfällen, Drucksache 20/4637, 25.11.2022. Online unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/046/2004637.pdf> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Deutscher Bundestag (2022j): Schriftliche Frage 14, Drucksache 20/4852, 09.12.2022. Online unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/048/2004852.pdf> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Deutscher Bundestag (2022k): Schriftliche Frage 41, Drucksache 20/833, 25.02.2022. Online unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/008/2000833.pdf> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

DES/Desiderius-Erasmus-Stiftung (2022a): Presseerklärung: Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts am 25.10.2022 zur Förderung der Desiderius-Erasmus-Stiftung mit Bundesmitteln, 02.10.2022. Online unter: <https://erasmus-stiftung.de/des-pressemitteilung-03-10-2022/> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

DES/Desiderius-Erasmus-Stiftung (2022b): Presseerklärung: Die Desiderius-Erasmus-Stiftung feiert ihren fünften Geburtstag am 15. November in Berlin, 03.11.2022. Online unter: <https://erasmus-stiftung.de/die-desiderius-erasmus-stiftung-feiert-ihren-fuenften-geburtstag-am-15-november-in-berlin/> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

DES/Desiderius-Erasmus-Stiftung (2022c): Rundbrief Nr. 24 im Dezember 2022 – Weihnachtsbrief der Desiderius-Erasmus-Stiftung, 19.12.2022. Online unter: <https://erasmus-stiftung.de/rundbrief-nr-24-im-dezember-2022-weihnachtsbrief-der-desiderius-erasmus-stiftung/> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

DES/Desiderius-Erasmus-Stiftung (2023): Presseerklärung, 22.02.2023. Online unter: <https://erasmus-stiftung.de/presseerklaerung-22-02-2023/> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

Diehl, Jörg (2010): Geheimes Doppelleben – Der Polizist, der Hooligan war, in: *Der Spiegel*, 02.03.2010. Online unter: <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/geheimes-doppelleben-der-polizist-der-hooligan-war-a-679849.html> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

Dillmann, Daniel (2019): Matussek feiert mit Rechten Geburtstag, in: *Frankfurter Rundschau*, 11.03.2019. Online unter: <https://www.fr.de/politik/matthias-matussek-feiert-rechten-geburtstag-11842311.html> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

dpa (2019): Pazderski: Wohnungsnot und „Verwahrlosung“ wegen Migranten, in: *Berliner Morgenpost*, 05.05.2019. Online unter: <https://www.morgenpost.de/berlin/article217090247/Pazderski-Wohnungsnot-und-Verwahrlosung-wegen-Migranten.html> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

epd (2021): Sea-Eye setzt sich gegen AfD-Politiker Pazderski durch. Online unter: <https://www.evangelisch.de/inhalte/183892/18-03-2021/sea-eye-setzt-sich-gegen-afd-politiker-pazderski-durch> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

Fernholz, Tobias (2022): Die rechtsradikale Bewegung und ihr digitaler Kampf um Identität. Inhalte, Dynamiken und Resonanzräume rechtsradikaler Alternativ-Öffentlichkeiten. Wiesbaden: Springer VS.

Fetscher, Caroline (2020): Analyse der Gesprächsreihe „Mit Rechten lesen“: Von „Moral-Ariern“ und anderen Phänomenen, in: *Der Tagesspiegel*, 30.10.2020. Online unter: <https://www.tagesspiegel.de/kultur/von-moral-ariern-und-anderen-phanomenen-4206388.html> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

Fiedler, Oliver (2019): Kreisvorsitzender Schwaebisch kritisiert „Merkelismus“ und dessen Vertreter scharf. Weidel-Auftritt zum AfD-Europawahlkampf von Protesten begleitet, in: *Wochenblatt*, 8.04.2019. Online unter: https://www.wochenblatt.net/stockach/c-nachrichten/weidel-auftritt-zum-afd-europawahlkampf-von-protesten-begleitet_a36090 (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

Filter, Johannes (2020): Geheimdienst entscheidet über Gemeinnützigkeit mit. Online unter: <https://fragdenstaat.de/blog/2020/05/05/verfassungsschutz-gemeinnuetzigkeit-vereine/> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

Finkbeiner, Florian (2020): Nationale Hoffnung und Konservative Enttäuschung. Zum Wandel des konservativen Nationenverständnisses nach der deutschen Vereinigung, Bielefeld: transcript.

Freires, Horst (2020): Schlappe für Corona-Leugner, in: *Endstation Rechts*, 26.08.2020. Online unter: <https://www.endstation-rechts.de/news/schlappe-fuer-corona-leugner> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

Friedensdemo-Watch (2019): Die Normalisierung der extremen Rechten: „Mein identitärer Freund Mario“. Online unter: <https://www.friedensdemowatch.com/2019/03/10/die-normalisierung-der-extremen-rechten-mein-identitaerer-freund-mario-mueller/> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

Friedrich-Friesen-Stiftung (2022): Dr. Anton Friesen: Russlands politische Rechte. Wurzeln, Strömungen, Personen. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=xfPKdDcgofM&t=5s> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

Frömming, Götz (2023): Einwanderungspolitik der Bundesregierung ruiniert unser Bildungssystem. Online unter: <https://www.goetz-froemming.de/post/einwanderungspolitik-der-bundesregierung-ruiniert-unser-bildungssystem> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

Frontal 21 (2017): Fake-News und Filterblasen. Sendung vom 09.05.2017.

Geerlings, Jörg (2023): Karlsruher Paukenschlag zur Finanzierung parteinaher Stiftungen, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik*, 4, S. 112–114.

Gensing, Patrick/Stöber, Silvia (2016): Pro-russische Netzwerke – Moskautreue Rechte, in: *tagesschau.de*, 29.04.2016. Online unter: <https://www.tagesschau.de/inland/neurechte-russland-101.html> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

Goethe-Universität Frankfurt (2023): Stellungnahme: Präsidium der Goethe-Universität verurteilt rassistische und Holocaust-relativierende Wortwahl. Online unter: <https://aktuelles.uni-frankfurt.de/mitteilungen-des-praesidiums/stellungnahme-praesidium-der-goethe-universitaet-verurteilt-rassistische-und-holocaust-relativierende-wortwahl/> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

Goetz, Judith (2020): ‚Der große Austausch‘ – Rechtsextreme Reproduktions- und Bevölkerungspolitik am Beispiel der ‚Identitären‘, in: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, 2, S. 37–49. Online unter: <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v29i2.04> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

Goetz, Judith/Höft, Swantje/Oláh, Livia/Pető, Andrea (2022): Discourses on demography in the EU institutions, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung. Online unter: <https://eu.boell.org/en/discourses-demography> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

Gürgen, Malene/Jakob, Christian/am Orde, Sabine (2018): Netzwerk AfD. Die neuen Allianzen im Bundestag. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.

Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (2015) (Hg.): Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, Bielefeld: transcript.

Häfner, Daniel/Haas, Tobias (2022): Das Narrativ des „Blackouts“ – diskursive Transformationsschmerzen des fossil-atomaren Systems, in: Zilles, Julia/Dewing, Emily/Janik, Julia (Hg.), *Umkämpfte Zukunft. Zum Verhältnis von Nachhaltigkeit, Demokratie und Konflikt*, Bielefeld: transcript, S. 203–216.

Haker, Christoph/Otterspeer, Lukas (2023): Wissenschaftbezogener Rechtspopulismus/-extremismus an Hochschulen. Perspektiven von Betroffenen, in: *ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung*, 1, S. 102–117.

Häusler, Alexander (2014): „Mut zur Wahrheit“? Entstehungskontext, Entwicklung und gesellschaftspolitische Positionen der „Alternative für Deutschland“. Berlin: DGB. Online unter: https://braunschweig-spiegel.de/wp-content/uploads/2014/05/DGB_Expertise.pdf (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

Häusler, Alexander (2016): Themen der Rechten, in: Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hg.), *Handbuch Rechtsextremismus*, Wiesbaden: Springer VS, S. 135–180.

Heil, Georg/Pohl, Markus (2022): BND entzieht Professor Sicherheitsfreigabe, in: *tagesschau.de*, 02.06.2022. Online unter: <https://www.tagesschau.de/investigativ/rbb/bnd-professor-103.html> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

Heitmann, Jan (2020): Leitbild ohne Wert?, in: *Faktum*, 2, S. 8–25. Online unter: <https://erasmus-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/12/Faktum2web.pdf> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

Henninger, Annette (2020): Antifeminismen. ‚Krisen‘-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potenzial?, in: Henniger, Annette/Birsl, Ursula (Hg.), *Antifeminismen – ‚Krisen‘-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potenzial?*, Bielefeld: transcript, S. 9–41.

Höft, Swantje/Goetz, Judith/Oláh, Livia/Pető, Andrea (2022): Wie Demografiepolitik von Rechten instrumentalisiert wird, in: *Der Standard*, 15.03.2022. Online unter: <https://www.derstandard.de/story/2000134050859/wie-demografiepolitik-von-rechten-instrumentalisiert-wird> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

Horaczek, Nina (2018): Propagandakrieg in Europa: die Medien der Rechten, in: *FALTER*, 16.10.2018. Online unter: <https://www.falter.at/zeitung/20181016/propagandakrieg-in-europa-die-medien-der-rechten> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

Jakat, Lena (2011): Buch über Merkel – Ansichten einer Wutbürgerin, in: *Süddeutsche.de*, 17.02.2011. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/buch-ueber-merkel-ansichten-einer-wutbuergerin-1.1061536> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Janser, Daniela (2016): Auf allen Kanälen – Und in der Fankurve applaudiert die AfD der NZZ, in: *Die Wochenzeitung*, 09.06.2016. Online unter: <https://www.woz.ch/1623/auf-allen-kanaelen/und-in-der-fankurve-applaudiert-die-afd-der-nzz> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Joswig, Gareth (2021): AfD Berlin nach der Wahl: Die Gewinner der Verlierer, in: *taz*, 18.10.2021. Online unter: <https://taz.de/AfD-Berlin-nach-der-Wahl/!5805478/> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Joswig, Gareth (2022): Zum Extremismus angestiftet, in: *taz*, 06.12.2022. Online unter: <https://taz.de/Politische-Stiftung-der-AfD/!5900074/> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Joswig, Gareth (2023): Neuer Vorstand der AfD Berlin – Rechtsaußen ist noch ein bisschen Platz, in: *taz*, 20.03.2023. Online unter: <https://taz.de/Neuer-Vorstand-der-AfD-Berlin/!5920055/> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Junge, Barbara/Naumann, Julia/Stark, Holger (1997): *RechtsSchreiber. Wie ein Netzwerk in Medien und Politik an der Restauration des Nationalen arbeitet.* Berlin: Elefanten Press.

Junge, Barbara (1998): Eine Laudatio für die rechten Schreiber, in: *taz*, 05.02.1998. Online unter: <https://taz.de/Eine-Laudatio-fuer-die-rechten-Schreiber/!1360518/> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Kamann, Matthias (2018): Die AfD und ihr einfältiges „Ja zu weißen Männern“, in: *Die Welt*, 06.02.2018. Online unter: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article185133568/AfD-Aktion-Ja-zu-weissen-Maennern-eine-einfaeltige-Aktion.html> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Keiler, Joachim (2022a): Versorgungsnotstand droht! Impfpflicht im Gesundheits- und Pflegebereich, in: *Aufrecht. Zeitung des AfD-Kreisverbands Dresden*, #1. Online unter: https://afd-dd.de/wp-content/uploads/2022/02/Aufrecht_Feb2022_.pdf (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

Keiler, Joachim (2022b): Finanzpolitische Märchen zur Inflation, in: *Aufrecht. Zeitung des AfD-Kreisverbands Dresden*, #2. Online unter: https://afd-dd.de/wp-content/uploads/2022/08/Aufrecht_August-2022.pdf (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

Kontraste (2017): rbb-Kontraste, Sendung vom 23.02.2017. Online unter: https://www.rbb-online.de/kontraste/ueber_den_tag_hinaus/demokratie/was-tun-wenn-afd-mitregiert.html (zuletzt abgerufen 15.08.2023)

Kositza, Ellen (2019): Wir '89er: Ein Rückblick auf eine Zeit voller Hoffnung und ohne Partei, in: *Sezession*, 91, S. 18–21.

Kovahl, Ernst (2012): Ungarn als Vorbild, in: *Der Rechte Rand*, 136, S. 24. Online unter: https://www.der-rechte-rand.de/wp-content/uploads/drr_136-1.pdf (zuletzt abgerufen am 15.08.2023).

Krause, Klaus Peter (2023): Neues Jahr, alte Probleme. Online unter: <https://kpkrause.de/2023/01/02/neues-jahr-alte-probleme/> (zuletzt abgerufen am 15.08.2023).

Kunze, Conrad (2022): *Deutschland als Autobahn. Eine Kulturgeschichte von Männlichkeit, Moderne und Nationalismus*, Bielefeld: transcript.

Küstner, Kai/Schmidt, Martin (2022): AfD und „Reichsbürger“-Razzia: Die einen schweigen, die anderen raunen, in: *tagesschau.de*, 09.12.2022. Online unter: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/reichsbuerger-razzia-afd-101.html> (zuletzt abgerufen am 15.08.2023).

- Kutz, Ben (2022): Orbán-Interview in „Budapester Zeitung“ – Kuscheljournalismus aus Ungarn. Online unter: <https://uebermedien.de/79029/kuscheljournalismus-aus-ungarn/> (zuletzt abgerufen am 15.08.2023).
- Lazarević, Krsto (2022): Strahlkraft der Kriegsverbrecher. Das multiethnische Jugoslawien und sein Zerfall als posthume Projektionsfläche der Neuen Rechten, in: Vukadinović, Vojin Saša (Hg.), *Randgänge der Neuen Rechten*. Philosophie, Minderheiten, Transnationalität, Bielefeld: transcript, S. 313–340.
- Lobin, Henning (2021): *Sprachkampf. Wie die neue Rechte die deutsche Sprache instrumentalisiert*, Berlin: Dudenverlag.
- Maegerle, Anton (2020): Rechte Medien. Corona im Visier. Online unter: <https://www.boell-bw.de/de/2020/11/11/rechte-medien-corona-im-visier> (zuletzt abgerufen am 15.08.2023).
- Maegerle, Anton/Stutz, Hans (2022): „Kontrafunk“: Neues Online-Radio verbreitet Altbekanntes, in: *Endstation-Rechts*, 18.07.2022. Online unter: <https://www.endstation-rechts.de/news/kontrafunk-neues-online-radio-verbreitet-altbekanntes> (zuletzt abgerufen am 15.08.2023).
- Majić, Danijel (2016): Die Legende vom Volkstod, in: *Frankfurter Rundschau*, 29.09.2016. Online unter: <https://www.fr.de/politik/legende-volkstod-11091859.html> (zuletzt abgerufen am 15.08.2023).
- Mannewitz, Tom (2021): Stumpfe Waffen im „Kulturkampf um das Volk“, in: *Endstation-Rechts*, 23.11.2021. Online unter: <https://www.endstation-rechts.de/news/stumpfe-waffen-im-kulturkampf-um-das-volk> (zuletzt abgerufen am 15.08.2023).
- Mayer, Stefanie/Goetz, Judith (2019): Mit Gott und Natur gegen geschlechterpolitischen Wandel. Ideologie und Rhetoriken des rechten Antifeminismus, in: FIPU (Hg.), *Rechtsextremismus*. Band 3: Geschlechterreflektierte Perspektiven, S. 205–247.
- Meertens, Christoph (2010): Die spezifische Rolle der parteinahen Stiftungen – politische Aufgaben und rechtliche Grundlagen, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), *Die Steuerung und Finanzierung politischer Stiftungen*. Eine Dokumentation zweier Veranstaltungen in der Heinrich-Böll-Stiftung, S. 21–27. Online unter: https://www.boell.de/sites/default/files/TXT_20110801_Stiftungsreader.pdf (zuletzt abgerufen am 15.08.2023).
- Mittelstandsforum (2021): Wege zurück in die Freiheit. Online unter: <http://bundesverband.mittelstandsforum.org/corona-10-punkte-2021/> (zuletzt abgerufen am 15.08.2023).
- Möllers, Christoph (2018): Zur Pflicht zur Verfassungstreue von Hochschullehrern an einer Hochschule des Bundes in Bezug auf einen Einzelfall. Ein Rechtsgutachten im Auftrag des Bundesnachrichtendienstes. Online unter: https://www.martin-wagener.org/tl_files/Dokumente/Wagener-GutachtenMoellers-November2018.pdf (zuletzt abgerufen am 15.08.2023).
- Münchenberg, Jörg (2020): „Konstruktive Kräfte im Flügel müssen weiter Bestandteil der Partei sein“ – Kay Gottschalk im Gespräch mit Jörg Münchenberg, in: *Deutschlandfunk*, 23.03.2020. Online unter: <https://www.deutschlandfunk.de/kay-gottschalk-afd-konstruktive-kräfte-im-fluegel-muessen-100.html> (zuletzt abgerufen am 15.08.2023).
- Oppenhäuser, Holger (2020): *Globalisierung im Diskurs der nationalistischen Rechten. Parteien, Militante und Intellektuelle im Kampf gegen die ‚One World‘*, Wiesbaden: Springer VS.
- Pazderski, Georg (2020): Kurswechsel in der Sicherheitspolitik – Wege aus der Krise, in: *Faktum*, 2, S. 48–62. Online unter: <https://erasmus-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/12/Faktum2web.pdf> (zuletzt abgerufen am 14.08.2023).

Pfahl-Traughber, Armin (2021a): David Engels: Gegen Europas Niedergang und das politische System, in: *Endstation-Rechts*, 25.01.2021. Online unter: <https://www.endstation-rechts.de/news/david-engels-gegen-europas-niedergang-und-das-politische-system> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Pfahl-Traughber, Armin (2021b): „Ein Gespräch mit Martin Sellner“ – Interview mit dem Identitären als Selbstdarstellung, in: *Endstation-Rechts*, 02.08.2021. Online unter: <https://www.endstation-rechts.de/news/ein-gespraech-mit-martin-sellner-interview-mit-dem-identitaeren-als-selbstdarstellung> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Pfahl-Traughber, Armin (2021c): Absonderliche Deutungen zur „Ersetzung der deutschen Kulturnation“. Online unter: <https://hpd.de/artikel/absonderliche-deutungen-zur-ersetzung-deutschen-kulturnation-19564> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Pfahl-Traughber, Armin (2022): *Intellektuelle Rechtsextremisten – Das Gefahrenpotenzial der Neuen Rechten*, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH.

Pittelkow, Sebastian/Riedel, Katja (2018): Rechter Thinktank mit Stallgeruch, in: *tagesschau.de*, 09.03.2018. Online unter: <https://web.archive.org/web/20180418125256/https://www.tagesschau.de/inland/afd-stiftungsplaene-101.html> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Rafael, Simone (2021): YouTube-University reloaded – Neurechte „Gegenuni“ setzt auf Videos statt Bücher, in: *belltower.news*, 24. Juni 2021. Online unter: <https://www.belltower.news/youtube-university-reloaded-neurechte-gegenuni-setzt-auf-videos-statt-buecher-117735/> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Reisin, Andrej (2022): Rechter „Kontrafunk“ – Ein Radio für alle, die an Corona-Impfungen, Klimawandel und allen anderen Radios zweifeln. Online unter: <https://uebermedien.de/73663/kontrafunk-ein-radio-fuer-alle-die-an-corona-impfungen-klimawandel-und-allen-anderen-radios-zweifeln/> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Rensmann, Lars (2020): Oswald Spengler. Autoritäre Anti-Aufklärung und der Mythos vom kulturellen Untergang des Abendlandes, in: Fücks, Ralf/ Becker, Christoph (Hg.), *Das alte Denken der Neuen Rechten. Die langen Linien der antiliberalen Revolte*, Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, S. 64–90.

Reusswig, Fritz/Lass, Wiebke/Bock, Seraja (2022): Populistische Narrative der Energiewende und die Zukunft der Demokratie, in: Zilles, Julia/Drawing, Emily/Janik, Julia (Hg.), *Umkämpfte Zukunft. Zum Verhältnis von Nachhaltigkeit, Demokratie und Konflikt*, Bielefeld: transcript, S. 183–202.

Rhein, Katharina (2019): Politische Bildung als positiver Verfassungsschutz? Über ein deprimierendes Demokratieverständnis, in: Berendsen, Eva/Rhein, Katharina/Uhlig, Tom David (Hg.), *Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts*, Berlin: Verbrecher Verlag, S. 9–29.

Rühle, Alex (2011): „Budapester Zeitung“ gegen „FAZ“-Autor. Total national, in: *Süddeutsche.de*, 14.04.2011. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/medien/budapester-zeitung-gegen-faz-autor-total-national-1.1085150> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Ruhose, Fedor (2019): *Die AfD im Deutschen Bundestag. Zum Umgang mit einem neuen politischen Akteur*, Wiesbaden: Springer VS.

Salzborn, Samuel/Schwarz, Sebastian (1997): Herbert Fleissner und die „Rußlanddeutschen“, in: *Der Rechte Rand*, 47, S. 11.

Schmidt, Fabian/Sulzbacher, Markus (2016): Identitäre Grüße aus Moskau: Rechtsextreme Allianz mit dem Osten, in: *Der Standard*, 10.06.2016. Online unter: <https://www.derstandard.at/story/2000038542175/identitaere-gruesse-aus-moskau-rechtsextreme-allianz-in-den-osten> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

- Schmidt, Martin (2008): An den Grenzen Europas, in: *Sezession*, 26, S. 24–27. Online unter: <https://sezession.de/1635/an-den-grenzen-europas> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).
- Schmidt, Martin (2010): Postnational oder futsch – Europas Balanceakt, in: *Sezession*, 37, S. 22-25. Online unter: <https://sezession.de/20911/postnational-oder-futsch-europas-balanceakt> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).
- Schmidt, Martin (2022): Ins Stammbuch geschrieben, in: *Junge Freiheit*, 04.04.2022. Online unter: <https://jungefreiheit.de/debatte/forum/2022/ins-stammbuch-geschrieben-russland/> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).
- Schreiter, Nikolai (2022): Antisemitismus, Antizionismus und Ausnahmen: positive Bezüge auf Israel und Zionismus von rechts in historischer Perspektive, in: *Aschkenas*, 32(2), S. 233–277.
- Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard (2023): Radikalisiert und etabliert. Die AfD vor dem Superwahljahr 2024, Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.
- Schultz, Lara (2016): Rechte Russlanddeutsche – Alte Bekannte, in: *Der Rechte Rand*, 161, S. 28–30. Online unter: <https://www.der-rechte-rand.de/wp-content/uploads/der-rechte-rand-Magazin-161.pdf> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).
- Schulz, Sarah (2023): Verfassungstreue in der thüringischen Kommunalpolitik: Zur Einordnung des Falles Sesselmann, in: *Verfassungsblog*, 14.07.2023. Online unter: <https://verfassungsblog.de/verfassungstreue-in-der-thuringischen-kommunalpolitik/> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).
- Schwarz, Karl-Peter (2021): Politische Parteien im Aus. Online unter: <https://www.derpragmaticus.com/r/trend-politikmuedigkeit/> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).
- Schwarz, Karl-Peter (2022a): Glanz und Elend der Liberalen in Zeiten des Permanenten Notstands. Online unter: <https://www.misesde.org/2022/06/glanz-und-elend-der-liberalen-in-zeiten-des-permanenten-notstands/> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).
- Schwarz, Karl-Peter (2022b): Putins Krieg. Online unter: <https://hayek-institut.at/putins-krieg/> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).
- Semsrott, Arne/Jakubowski, Matthias (2021): Desiderius-Erasmus-Stiftung. Politische Bildung von Rechts außen. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.
- Speit, Andreas (2019): Rechtsextremer Hintergrund bei der AfD – Ein Autor für die NPD, in: *taz*, 24.05.2019. Online unter: <https://taz.de/Rechtsextremer-Hintergrund-bei-der-AfD!/5597804/> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).
- Speit, Andreas (2021): Wer für den NDR sprechen darf, in: *taz*, 25.03.2021. Online unter: <https://taz.de/Wer-fuer-den-NDR-sprechen-darf!/5757217/> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).
- Speit, Andreas (2022): Deutsche Jugend rausgeschmissen, in: *taz*, 29.05.2022. Online unter: <https://taz.de/AfD-erkennt-Junge-Alternative-nicht-an!/5857470/> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).
- Splieth, Joana (2019): Keine Belege dafür, dass das BKA Straftaten von Flüchtlingen „vertuscht“ hat, in: *correctiv.org*, 23.11.2019. Online unter: <https://correctiv.org/faktencheck/migration/2019/11/29/keine-belegedafuer-dass-das-bka-straftaten-von-fluechtlingen-vertuscht-hat/> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).
- Steffen, Tilmann (2019): AfD-Vorstandswahl – Rechtsruck in der zweiten Reihe, in: *Zeit.de*, 02.12.2019. Online unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-12/afd-vorstandswahl-parteitag-braunschweig-rechtsruck-abgrenzung> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Steffen, Tilmann (2022): Wegen Rassismus entlassener AfD-Fraktionssprecher kehrt zurück, in: *Zeit.de*, 25.05.2022. Online unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-05/christian-lueth-afd-pressesprecher-rassismus-faschismus> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Stein, Dieter (2020): Ein rechter Avantgardist. Nachruf auf den JF-Autor und Verleger Peter Boßdorf, in: *Junge Freiheit*, 06.03.2020. Online unter: <https://www.jf-archiv.de/archiv20/202011030654.htm> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Steinbach, Erika (2023): Antrag auf nachträgliche Bewilligung und Auszahlung von Globalmitteln in den Haushaltsjahren 2019, 2020 und 2021 an das Bundesverwaltungsamt. Online unter: <https://twitter.com/SteinbachErika/status/1633473613725671431> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Steinbeis, Maximilian (2011): Ich habe mich bei der ungarischen Medienaufsicht beschwert, in: *Verfassungsblog*, 05.04.2011. Online unter: <https://verfassungsblog.de/ich-habe-mich-bei-der-ungarischen-medienaufsicht-beschwert/> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Stephan, Cora (1993): *Der Betroffenheitskult: Eine politische Sittengeschichte*, Hamburg: Rowohlt Taschenbuch.

Stephan, Cora (1999): Schuldstolz, in: *Merkur*, 601 (53), S. 462–466.

Stober, Tobias (2023): Über mich. Online unter: <https://tobiasstober.de/ueber-mich/> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Strobl, Natascha (2018): Text von Karl-Peter Schwarz in der Presse. Online unter: <https://www.natsanalysen.at/2018/12/20/text-von-karl-peter-schwarz-in-der-presse/> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Strube, Angelika Sonja (2021): Anti-Genderismus als rechtsintellektuelle Strategie und als Symptom-Konglomerat Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, in Strube, Sonja A./Perintfalvi, Rita/Hemet, Raphaela/Metze, Miriam/Sahbaz, Cicek (Hg.), *Anti-Genderismus in Europa. Allianzen von Rechtspopulismus und religiösem Fundamentalismus. Mobilisierung – Vernetzung – Transformation*, Bielefeld: transcript, S. 51–63.

Stutz, Hans (2015): Rückkehr des Rassegedankens, in: *Wochenzeitung*, 22.10.2015. Online unter: <https://www.woz.ch/1543/rechtsaussen/rueckkehr-des-rassegedankens> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

taz (2002): Ein rechter Student. Online unter: <https://taz.de/Ein-rechter-Student/!1096715/> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Voigts, Hanning (2021): „Gegenuni“: Neue rechtsradikale „Hochschule“, in: *Frankfurter Rundschau*, 24.06.2021. Online unter: <https://www.fr.de/frankfurt/frankfurt-neue-rechtsradikale-hochschule-90820319.html> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Vosgerau, Ulrich (2021a): Das bestorganisierte Land der Welt – Die Reichsverfassung, in: *Faktum*, 3, S. 30–37. Online unter: https://erasmus-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/01/Faktum_Nr_3.pdf (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

Vosgerau, Ulrich (2021b): Verrutschte Maßstäbe, in: *Junge Freiheit*, 27.06.2021. Online unter: <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2021/verfassungsschutzbericht-2020/> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Wäckerlig, Oliver (2019): *Vernetzte Islamfeindlichkeit. Die transatlantische Bewegung gegen „Islamisierung“. Events – Organisationen – Medien*, Bielefeld: transcript.

Wehner, Markus (2018): Russlanddeutsche im Bundestag – Der smarte Anton und der wilde Waldemar, in: *FAZ*, 01.04.2018. Online unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wie-zwei-russlanddeutsche-im-bundestag-fuer-moskau-kaempfen-15519929.html> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Weinmann, Ute (2018): Eurasien muss noch warten. Wie sich ‚Identitäre‘ und die russische Rechte annähern und was sie voneinander trennt, in: Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph Maria/Winkler, Alexander (Hg.), *Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären‘*, Hamburg: Marta Press, S. 351–374.

Weiß, Volker (2011a): *Deutschlands Neue Rechte. Angriff der Eliten. Von Spengler bis Sarrazin*, Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh.

Weiß, Volker (2011b): Rechtsextreme: Ungarns hässliche Freunde, in: *Der Spiegel*, 07.05.2011. Online unter: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/rechtsextreme-ungarns-haessliche-freunde-a-760710.html> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Weiß, Volker (2016): Bedeutung und Wandel von ‚Kultur‘ für die extreme Rechte, in: Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (Hg.), *Handbuch Rechtsextremismus*, Wiesbaden: Springer VS, S. 441–469.

Wienand, Lars (2023): Russland-Fraktion im Bundestag bekommt Verstärkung, in: *t-online.de*, 02.03.2023. Online unter: https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/id_100137024/russland-fraktion-im-bundestag-bekommt-verstaerkung.html (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Wierzioch, Bastian (2022): Geheime Absprache mit Höcke?, in: *tagesschau.de*, 22.06.2022. Online unter: <https://www.tagesschau.de/investigativ/mdr/afd-parteitag-vorstand-hoecke-101.html> (zuletzt abgerufen 15.08.2023).

Wundrak, Joachim (2020): Die Idee der Souveränität, in: *Faktum*, 2, S. 26–39. Online unter: <https://erasmusstiftung.de/wp-content/uploads/2020/12/Faktum2web.pdf> (zuletzt abgerufen 14.08.2023).

Tabelle:

Vorträge und Veranstaltungen der DES seit November 2021¹⁴

Nr.	Datum	Titel	Referent:innen	Themenfeld
1	07.11.2021	Die 68er-Bewegung mit ihrer Speerspitze der RAF und ihre Auswirkungen bis heute (Vortrag) <i>coronabedingt abgesagt</i>	Im Mai 2021 gab es diese Veranstaltung schon einmal. Damalige Referentin war Bettina Röhl.	
2	10.11.2021	Clan-Kriminalität in Deutschland – Die unterschätzte Gefahr (Vortrag) <i>überbucht</i>		Demografie und Migration
3	19.–21.11.2021	Die Rolle des Staates in der Wirtschaft (Seminar)	Jurij Kofner; Prof. Dr. Ulrich van Suntum; Joachim Paul, MdL; Kay Gottschalk, MdB; Erik Ahrens	Globalisierung und Nationale Souveränität
4	21.11.2021	Politische Meinungsforschung – Die Wirklichkeit spiegeln, sei es gelegen oder ungelegen (Vortrag) <i>überbucht</i>		(Alternative) Medien
5	02.12.2021	Zur deutschen Energiewende – notwendige Erklärungen (Seminar) <i>coronabedingt abgesagt</i>		Klima und Energie
6	12.12.2021	Der Verfassungsschutz als Instrument der Politik?	Prof. Dr. Martin Wagener	
7	15.12.2021	Ist die soziale Marktwirtschaft ein überholtes Modell? (Web-Seminar)	Prof. Dr. Ulrich van Suntum	Globalisierung und Nationale Souveränität
8	16.12.2021	Migration als Waffe? Rechtliche Grundlagen und gesellschaftspolitische Aspekte (Web-Seminar)		Demografie und Migration

¹⁴ Als Grundlage für die Darstellung dienen die auf der Webseite der DES unter „Angebote“ und „Archiv“ bereitgestellten Informationen. Diese wurden, soweit möglich, unter Einbeziehung einer Auswertung der öffentlichen Social Media-Kanäle der Stiftung, ihrer Funktionäre, von Vortragenden sowie öffentlich recherchierbaren Quellen ergänzt. Dabei konnten nicht in jedem Fall die Namen der Referent:innen identifiziert werden, weil sie teils nicht öffentlich bekanntgegeben wurden. Auch die Zuordnung der einzelnen Veranstaltungen zu spezifischen Themenfeldern der Neuen Rechten war aufgrund fehlender Informationslage nicht in jedem Fall möglich. Berücksichtigt wurden Veranstaltungen bis Juni 2023.

9	28.12.2021	Über den Ursprung des Staates (Web-Seminar)	Dr. Karlheinz Weißmann	
10	13.01.2022	Politik und Wirklichkeitsverlust? (Web-Seminar) <i>abgesagt</i>	<i>Deutsche Schriftstellerin und Publizistin</i>	
11	18.01.2022	Der neue Antisemitismus – Genese, Israelbezug und die Handlungsunwilligkeit des Staates (Web-Seminar)	Artur Abramovych	Außen- und Geschichtspolitik
12	10.02.2022	Der Outcast und die Masse (Web-Seminar)	Matthias Matussek	(Alternative) Medien
13	15.02.2022	Russlands konservative Rechte (Web-Seminar)	Dr. Anton Friesen	Außen- und Geschichtspolitik
14	23.02.2022	Europas Seele – Die geistigen Wurzeln des Abendlandes (Web-Seminar)	Prof. Dr. David Engels	Außen- und Geschichtspolitik
15	28.02.2022	Die große Transformation (Web-Seminar)		
16	03.03.2022	Demographische Katastrophe – Einführung und Ursachen (Web-Seminar)		Demografie und Migration
17	09.03.2022	Demographie und Gesellschaft (Web-Seminar)	Sebastian Maack	Demografie und Migration
18	10.03.2022	Demographische Wende (Web-Seminar)		Demografie und Migration
19	17.03.2022	Die Vergewaltigung der deutschen Sprache (Web-Seminar)		Identitäre Sprachpolitik
20	24.03.2022	Meine Sorge um den Rechtsstaat (Web-Seminar)		
21	30.03.2022	Werden die Medien ihrer Verantwortung gerecht? (Web-Seminar)		(Alternative) Medien
22	31.03.2022	Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Imperiale Denkmäler im modernen Russland (Web-Seminar)	Tobias Corbe	Außen- und Geschichtspolitik

23	13.04.2022	Krieg in der Ukraine und die Zukunft der europäischen Sicherheitsarchitektur (Web-Seminar)	Georg Pazderski	Außen- und Geschichtspolitik
24	14.04.2022	Krieg in der Ukraine und die Zukunft der europäischen Sicherheitsarchitektur <i>unklar, ob stattgefunden, nur auf Facebook angekündigt</i>	Georg Pazderski Moderation: Michael T. Benker	Außen- und Geschichtspolitik
25	21.04.2022	Gescheiterte Impfpflicht – Das Ende des Wegs in den Erziehungsstaat? (Vortrag)		Corona
26	27.04.2022	Schlafwandler auf Safari. Europas Interventionen in Afrika (Web-Seminar)		Globalisierung und Nationale Souveränität
27	03.05.2022	Bildung oder Umerziehung? (Web-Seminar)	Dr. Götz Frömming, MdB	Demografie und Migration
28	17.05.2022	Inflation – Woher sie kommt und welche Folgen sie hat (Web-Seminar)	Prof. Dr. Ulrich van Suntum	
29	19.05.2022	Staatlicher Verbraucherschutz (Web-Seminar)	Prof. Dr. Lothar Maier	
30	24.05.2022	Ist unsere Gasversorgung sicher? (Web-Seminar)	Dr. Thomas Fink	Klima und Energie
31	14.06.2022	Corona und kein Ende? (Web-Seminar)		Corona
32	21.06.2022	Netzaufbau und Blackout-risiko (Web-Seminar)	Marc März	Klima und Energie
33	24.06.2022	Symposium zum 100. Todestag von Walther Rathenau (Vortrag)		
34	28.06.2022	Grundlagen der Agrarpolitik (Web-Seminar)	Thore Stein, MdL	
35	01.07.2022	Ist die Impfpflicht gescheitert? (Vortrag)		Corona
36	01.–03.07.2022	Bildungsnation Deutschland im freien Fall – Irrwege und Auswege (Seminar)	u. a. Vortrag von Karlheinz Weißmann	Demografie und Migration
37	03.07.2022	Sichere Energie für Deutschland – Versäumnisse und Erfordernisse		Klima und Energie

38	14.07.2022	Geht uns der Ukraine-Konflikt etwas an? Welche Auswirkungen wird er für Europa haben? (Vortrag)		Außen- und Geschichtspolitik
39	14.09.2022	Wie frei sind unsere Medien tatsächlich? (Web-Seminar)	Burkhard Müller-Ullrich	(Alternative) Medien
40	18.09.2022	Was Deutschland von Ungarn lernen kann (Vortrag)		Außen- und Geschichtspolitik
41	28.09.2022	Klimaschutz und Energiewende – wie man es besser machen könnte (Web-Seminar)	Prof. Dr. Ulrich van Suntum	Klima und Energie
42	04.10.2022	Von Augstein zu Relotius – Anspruch und Wirklichkeit der 4. Gewalt (Web-Seminar)	Jan Heitmann	(Alternative) Medien
43	06.10.2022	Politische Stiftungen – Anspruch und Wirklichkeit (Vortrag)	Erika Steinbach	
44	07.10.2022	Politische Stiftungen – Anspruch und Wirklichkeit (Vortrag)	Erika Steinbach	
45	18.10.2022	Wie gefährdet ist Deutschlands Sicherheit durch Clans? (Web-Seminar)		Demografie und Migration
46	25.10.2022	Grundlagen der Ernährungssicherheit in Deutschland (Web-Seminar)	Thore Stein	Klima und Energie
47	27.10.2022	Sichere Energie für Deutschland – Versäumnisse und Erfordernisse (Vortrag) <i>Veranstaltung offenbar entfallen</i>	<i>„Der Referent ist ob seines wissenschaftlichen und beruflichen Hintergrunds ein ausgewiesener Kenner der Materie“</i>	Klima und Energie
48	30.10.2022	Aktuelle Aspekte deutscher Sicherheitspolitik (Vortrag)	General a. D. Joachim Wundrak	Globalisierung und Nationale Souveränität
49	30.10.2022	Rohstoff- und Energiekrise – Auswirkungen auf unsere Wirtschaft (Vortrag)	<i>„Der Referent ist ein ausgewiesener Kenner der Materie“</i>	Klima und Energie
50	01.11.2022	Planungsrechtliche Grundlagen der gemeindlichen Entwicklung Teil 1 (Web-Seminar)	Dr. Stefan Sellschopp	

51	03.11.2022	Planungsrechtliche Grundlagen der gemeindlichen Entwicklung, Teil 2 (Web-Seminar)	Dr. Stefan Sellschopp	
52	15.11.2022	Strukturwandel der Öffentlichkeit und Umdeutung des Grundgesetzes (Vortrag anlässlich des 5. Geburtstags der DES)	Dr. Ulrich Vosgerau <i>Laut Tweet von Erika Steinbach hat auch Karlheinz Weißmann einen Vortrag gehalten</i>	
53	13.12.2022	Grenzen der Globalisierung – Von Friedrich List zur Welt-handelsorganisation	Prof. Dr. Harald Weyel, MdB	Globalisierung und Nationale Souveränität
54	15.12.2022	Der Ukrainekrieg und die europäische Sicherheitsarchitektur (Web-Seminar)	Georg Pazderski	Außen- und Geschichtspolitik
55	10.01.2023	Planungsrechtliche Grundlagen der gemeindlichen Entwicklung, Teil 1 (Web-Seminar)	Dr. Stefan Sellschopp	
56	12.01.2023	Planungsrechtliche Grundlagen der gemeindlichen Entwicklung, Teil 2 (Web-Seminar)	Dr. Stefan Sellschopp	
57	12.01.2023	Politische Stiftungen – Anspruch und Wirklichkeit (Vortrag)	Erika Steinbach	
58	31.01.2023	Politische Stiftungen – Anspruch und Wirklichkeit (Vortrag)	Erika Steinbach	
59	02.02.2023	Politische Stiftungen – Anspruch und Wirklichkeit (Vortrag)	Erika Steinbach	
60	16.02.2023	Sicherheitsrisiko Migration – Clans und Terrorismus (Vortrag)	Stefan Schubert	Demografie und Migration
61	16.02.2023	Von der Bildung bis zur Bahn – Deutschland im Abstieg?! (Web-Seminar)	Dr. Cora Stephan	Demografie und Migration
62	23.02.2023	Zur Rolle der USA vor dem Ukraine-Krieg (Web-Seminar)	Walter Schwaebisch	Außen- und Geschichtspolitik

63	26.02.2023	Kulturkampf um das Autofahren (Vortrag)	Prof. Dr. Ulrich van Suntum	Klima und Energie
64	14.03.2023	Ungarn und Deutschland – ein kritischer Vergleich (Web-Seminar)	Jan Mainka	Außen- und Geschichtspolitik
65	25.03.2023	175 Jahre deutsche Revolution 1848–2023 (Kongress)	Prof. Dr. Lothar Höbelt, Dr. Karlheinz Weißmann, Dr. Ulrich Vosgerau	Außen- und Geschichtspolitik
66	18.04.2023	Wie Deutschland seine Zukunft verspielte (Web-Seminar)	Karl-Peter Schwarz	
67	17.06.2023	70 Jahre Volksaufstand in der DDR (Vortrag)	Michael Klonovsky, Dr. Heimo Schwilk	Außen- und Geschichtspolitik

Quelle: Eigene Darstellung.

Hinweise zu den Autoren

Arne Semsrott (M.A.) ist Politikwissenschaftler und Journalist. Er ist Projektleiter von FragDenStaat und beschäftigt sich mit Transparenz und Informationsfreiheit. 2016 hat Semsrott das OBS-Arbeitspapier 23 zu Informationsfreiheit verfasst und in den Jahren 2015 und 2016 für seine Arbeit den Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus entgegengenommen. Gemeinsam mit Matthias Jakobowski hat er 2021 eine erste OBS-Untersuchung zur Desiderius-Erasmus-Stiftung veröffentlicht.

Matthias Jakobowski ist Jurist, war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kriminalwissenschaften der Universität Göttingen und ist im Bundestag Referent im Afghanistan-Untersuchungsausschuss. Er arbeitet zu den Themen Rechtsextremismus, Terrorismus und der Rolle von Sicherheitsbehörden. Gemeinsam mit Arne Semsrott hat er 2021 eine erste OBS-Untersuchung zur Desiderius-Erasmus-Stiftung veröffentlicht.

- Nr. 60 Vom Winde verdreht? Mediale Narrative über Windkraft, Naturschutz und Energiewandel (Georgiana Banita)
- Nr. 59 Radikalisiert und etabliert. Die AfD vor dem Superwahljahr 2024 (Wolfgang Schroeder, Bernhard Weißels)
- Nr. 58 Antisemitismus. Alte Gefahr mit neuen Gesichtern (Michael Kraske)
- Nr. 57 Gut beraten? Zur Rolle der Zivilgesellschaft in Sachverständigengremien (Siri Hummel, Laura Pfrirer)
- Nr. 56 Mehr Wählen wagen? Ungleichheiten beim „Wählen ab 16“ und ihre Folgen (Thorsten Faas, Arndt Leininger)
- Nr. 55 Arbeitsdruck – Anpassung – Ausstieg. Wie Journalist:innen die Transformation der Medien erleben (Burkhard Schmidt, Rainer Nübel, Simon Mack, Daniel Rölle)
- Nr. 54 Mediale Routinen und Ignoranz? Die Sahel-Einsätze der Bundeswehr im öffentlichen Diskurs (Lutz Mükke)
- Nr. 53 Das Verblässen der Welt. Auslandsberichterstattung in der Krise (Marc Engelhardt)
- Nr. 52 Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis. Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD (Stephan Pühringer, Karl M. Beyer, Dominik Kronberger)
- Nr. 51 Desiderius-Erasmus-Stiftung. Politische Bildung von Rechtsaußen (Arne Semsrott, Matthias Jakobowski)
- Nr. 50 Künstliche Intelligenz und die Zukunft der Arbeit. Die digitale Transformation in den (sozialen) Medien (Derya Gür-Şeker)
- Nr. 49 Alternative Fakten im Gespräch. AfD-Diskussionen auf Facebook (Hannah Trautmann, Nils C. Kumkar)
- Nr. 48 Aufstocker im Bundestag IV. Bilanz der Nebenverdienste der Abgeordneten in der 19. Wahlperiode (Sven Osterberg)
- Nr. 47 Tragische Einzelfälle? Wie Medien über Gewalt gegen Frauen berichten (Christine E. Meltzer)
- Nr. 46 Wenn Politik Presse macht. Gastbeiträge von Politiker*innen in ausgewählten Tageszeitungen (Marvin Oppong)
- Nr. 45 30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung. Schreiben Medien die Teilung Deutschlands fest? (Lutz Mükke)
- Nr. 44 „Alleine ist man zerbrechlich“. Perspektiven auf die Interessenvertretung von Arbeitnehmer*innen in Ost und West (Simon Storcks, Jana Faus, Rainer Faus)

Die Otto Brenner Stiftung ...

... ist die gemeinnützige Wissenschaftsstiftung der IG Metall. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse und Einrichtung der Forschungsförderung ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dabei dem Ausgleich zwischen Ost und West.

... initiiert den gesellschaftlichen Dialog durch Veranstaltungen, Workshops und Kooperationsveranstaltungen (z. B. im Herbst die OBS-Jahrestagungen), organisiert Konferenzen, lobt jährlich den „Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus“ aus, fördert wissenschaftliche Untersuchungen zu sozialen, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Themen und legt aktuelle medienkritische und -politische Analysen vor.

... informiert regelmäßig mit einem Newsletter über Projekte, Publikationen, Termine und Veranstaltungen.

... veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“ oder als Arbeitspapiere (nur online). Die Arbeitshefte werden, wie auch alle anderen Publikationen der OBS, kostenlos abgegeben. Über die Homepage der Stiftung können sie auch elektronisch bestellt werden. Vergriffene Hefte halten wir als PDF zum Download bereit unter: www.otto-brenner-stiftung.de/wissenschaftsportal/publikationen/

... freut sich über jede ideelle Unterstützung ihrer Arbeit. Aber wir sind auch sehr dankbar, wenn die Arbeit der OBS materiell gefördert wird.

... ist zuletzt durch Bescheid des Finanzamtes Frankfurt am Main V (-Höchst) vom 4. November 2020 als ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig anerkannt worden. Aufgrund der Gemeinnützigkeit der Otto Brenner Stiftung sind Spenden steuerlich absetzbar bzw. begünstigt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit, z. B. durch eine zweckgebundene Spende

Spenden erfolgen nicht in den Vermögensstock der Stiftung, sie werden ausschließlich und zeitnah für die Durchführung der Projekte entsprechend dem Verwendungszweck genutzt.

Bitte nutzen Sie folgende Spendenkonten:

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zum Schwerpunkt:

- **Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens**

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE11 5005 0000 0090 5460 03
BIC: HELA DE FF

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- **Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes)**
- **Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa**
- **Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit**

Bank: HELABA Frankfurt/Main
IBAN: DE86 5005 0000 0090 5460 11
BIC: HELA DE FF

Geben Sie bitte Ihre vollständige Adresse auf dem Überweisungsträger an, damit wir Ihnen nach Eingang der Spende eine Spendenbescheinigung zusenden können. Oder bitten Sie in einem kurzen Schreiben an die Stiftung unter Angabe der Zahlungsmodalitäten um eine Spendenbescheinigung. Verwaltungsrat und Geschäftsführung der Otto Brenner Stiftung danken für die finanzielle Unterstützung und versichern, dass die Spenden ausschließlich für den gewünschten Verwendungszweck genutzt werden.

Aktuelle Ergebnisse der Forschungsförderung in der Reihe „OBS-Arbeitshefte“

- **OBS-Arbeitsheft 111***
Janis Brinkmann
Journalistische Grenzgänger
Wie die Reportage-Formate von funk Wirklichkeit konstruieren
- **OBS-Arbeitsheft 110***
Henning Eichler
Journalismus in sozialen Netzwerken
ARD und ZDF im Bann der Algorithmen?
- **OBS-Arbeitsheft 109***
Barbara Witte, Gerhard Syben
Erosion von Öffentlichkeit
Freie Journalist*innen in der Corona-Pandemie
- **OBS-Arbeitsheft 108***
Victoria Sophie Teschendorf, Kim Otto
Framing in der Wirtschaftsberichterstattung
Der EU-Italien-Streit 2018 und die Verhandlungen über Corona-Hilfen 2020 im Vergleich
- **OBS-Arbeitsheft 107***
Leif Kramp, Stephan Weichert
Konstruktiv durch Krisen?
Fallanalysen zum Corona-Journalismus
- **OBS-Arbeitsheft 106***
Lutz Frühbrodt, Ronja Auerbacher
Den richtigen Ton treffen
Der Podcast-Boom in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 105***
Hektor Haarkötter, Filiz Kalmuk
Medienjournalismus in Deutschland
Seine Leistungen und blinden Flecken
- **OBS-Arbeitsheft 104***
Valentin Sagvosdkin
Qualifiziert für die Zukunft?
Zur Pluralität der wirtschaftsjournalistischen Ausbildung in Deutschland
- **OBS-Arbeitsheft 103***
Ingo Dachwitz, Alexander Fanta
Medienmäzen Google
Wie der Datenkonzern den Journalismus umgarnt
- **OBS-Arbeitsheft 102***
Wolfgang Schroeder, Samuel Greef u. a.
Bedrängte Zivilgesellschaft von rechts
Interventionsversuche und Reaktionsmuster
- **OBS-Arbeitsheft 101***
Leif Kramp, Stephan Weichert
Nachrichten mit Perspektive
Lösungsorientierter und konstruktiver Journalismus in Deutschland

* Printfassung leider vergriffen; Download weiterhin möglich.

OBS-Arbeitspapier 61

Desiderius-Erasmus-Stiftung

Immer weiter nach rechts außen